

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich . . . K 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährlich . . . 96.—
jährlich . . . 192.—

Rücksendung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
lebung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh

Der Sieg der Einigkeit.

Die englische Arbeiterpartei hat einen herrlichen Wahlsieg errufen. Von 144 Mandaten ist sie bei den Wahlen für das Unterhaus am 6. Dezember zu einem Besitz von 189 Mandaten emporgeschwungen, ihr Gewinn beträgt also 45 Sitze. Von den etwa 74 Unterhausmitgliedern, welche die Konservativen verloren haben, ist dies die größere Hälfte, während die anderen Parteien, die vereinigten liberalen Parteien und die Wilden an neugewonnenen Mandaten nur etwa 34 zu verzeichnen haben. Der Sieg der englischen Arbeiterpartei ist um so eindringlicher und bedeutungsvoller, als erst knapp ein Jahr seit den letzten Parlamentswahlen in England verstrichen ist, was ebenso wie der Umstand, daß die Partei der Erhaltung ihrer Presse ständig große Opfer bringen muß, zur Folge hatte, daß die Partei mit ungenügenden materiellen Mitteln den kostspieligen Wahlkampf aufzunehmen gezwungen war. Zu bedenken ist aber besonders, daß die Wahlen Überraschungswahlen waren, daß die Regierung Baldwin in der Absicht, unter Ausnutzung des Schlagwortes von der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch den Schutzoll einen kurzen Wahltermin anberaumte, um die Arbeiterpartei zu überrennen, und daß unsere englische Bruderpartei nur über ein einziges Tagblatt verfügte, demgegenüber die große, weitverzweigte, bürgerliche Presse steht. Trotz dieser relativ ungünstigen Momente dieser gewaltigen Siegesfeier bei den Wahlen im vorigen Jahre stieg die Arbeiterpartei zur zweitstärksten Partei des Landes empor, seit den Wahlen am Donnerstag kann man sagen, daß sie gut ein Drittel der englischen Wählererschaft umfaßt. Alles zusammengekommen kann freudig gesagt werden, daß die Arbeiterpartei die ihr ausgegangene Kraftprobe hervorragend gut bestand, und daß sie sich glänzend geschlagen hat.

Dem Ausgang der Wahlen kommt eine große innen- und außenpolitische Bedeutung zu, über die noch zu sprechen sein wird. Für die internationale Arbeiterbewegung aber steht bei diesem Wahlausgange an hervorragendster Stelle die Tatsache, daß der englische Sozialismus in einer Zeit, da die sozialistischen Parteien fast überall in die Verteidigungsstellung gedrängt sind, mächtig an Boden gewinnt, so daß der Zeitpunkt nicht mehr fern scheint, in dem die Arbeiterpartei zur Regierung gelangen wird. Nicht nur die Massen der Arbeiter strömen ihr in hellen Scharen zu, auch weite Schichten der Intellektuellen begrüßen in ihr eine Zukunftshoffnung, aber auch eine Hoffnung aus den Schwierigkeiten der Gegenwart. Auch den Kreisen der Intelligenz kommt immer stärker zum Bewußtsein, daß nur das Programm der Labour Party den Weg aus der Krise, in der sich Englands Wirtschaft befindet, führen kann. Die englischen Finanzen sind wie die aller Staaten, die den Weltkrieg mitmachten, durch die Kriegsschulden schwer belastet; die Verzinsung dieser Schulden allein verschlingt fast 40 Prozent aller Steuereinnahmen Englands. Die Abstattung dieser Schuld ist für das englische Budget geradezu eine Lebensnotwendigkeit, dennoch stellte die englische Regierungspolitik lange Zeit hindurch die Hoffnung der Bevölkerung darauf ein, daß es möglich sein werde, diese Kriegsschuld durch die besiegten Staaten bezahlen zu lassen. Es war die Arbeiterpartei, welche diesen irrigen Hoffnungen ein festes Ziel: die Abstattung der Kriegsschuld durch eine ausgiebige Vermögensabgabe entgegensezte, ein Plan, der immer stärker von der öffentlichen Meinung Englands für die Sanierung der Staatsfinanzen als einzig richtig erkannt wird. Im Wahlkampf stand an sichtbarster Stelle die Frage von Schutzoll oder Freihandel zur Entscheidung, aber daneben ging es noch um andere wichtige Dinge. Entgegen dem Plane der Regierung, die Arbeitslosigkeit durch Errichtung von Schutzollschranken beseitigen zu wollen, hat die Arbeiterpartei den Grundgedanken aufgestellt, daß Krise und Arbeitslosigkeit nur im Maß-

Das Ergebnis der englischen Wahlen.

189 Mandate der Labour-Party.

Knapp vor Redaktionsschluß erhielten wir folgende Londoner Meldung:

Heute wurden fünf weitere Wahlergebnisse bekannt. Der jetzige Stand der Parteien ist folgender: Konservative Partei 256, Labour Party 189, Liberale 157 und Unabhängige acht Mandate. Es fehlen noch die Ergebnisse aus fünf Wahlkreisen.

* * *

Montag nachmittag lagen über das bisherige Ergebnis der Parlamentswahlen in England zwei verschiedene Meldungen vor: Nach der einen war das Ergebnis aus 13 Bezirken noch ausständig und das Verhältnis der Parteien zueinander vorläufig folgendes: 256 Konservative, 152 Liberale, 184 Labour Party, 10 Unabhängige. Demnach sind von den insgesamt 615 Mandaten bis dahin 602 besetzt. Die konservative Partei verliert bisher 91 Mandate, von denen die Labour Party 40, die Liberale 43 gewinnen. Nach der zweiten Meldung erlangten die Konservativen 252, die Labour Party 197, die Liberale 154 Mandate, 10 Sitze sind von Wilden besetzt, zwei stehen noch aus. Danach hat die Arbeiterpartei 53 Mandate und mehr als ein Drittel ihrer bisherigen Mandate hinzugewonnen und die Oppositionsparteien zusammen sind um etwa 100 Mandate stärker geworden, als die Konservativen, die bisher gegenüber der gesamten Opposition eine Mehrheit von 78 Stimmen hatten.

Das Ergebnis der Wahlen hat eine schwere

politische Krise geschaffen, da keine der drei großen Parteien die Mehrheit hat und imstande ist, allein zu regieren. Nach einer Meldung des Reuterbüros tritt noch am Montag ein Kabinettsrat zusammen, von dessen Entschluß eine Klärung der Lage zu erwarten ist. Ueber die Bildung der Regierung wurden bisher nur Vermutungen laut. Gewisse Kreise schlagen vor, das gegenwärtige konservative Kabinett umzubilden und mit Zustimmung der Liberalen im Amt zu lassen. Andererseits wird die Demission des Kabinetts Baldwin, dessen Partei nach der schweren Wahlniederlage zur Zeit in sich zerfallen ist, diskutiert und davon gesprochen, daß Ramsay MacDonald, der Führer der Arbeiterpartei, mit der Kabinettsbildung beauftragt werden soll. Eine andere der vielen Kombinationen sucht die Lösung in einem neuen konservativen Kabinett unter der Führung Austen Chamberlains an der Spitze. Als wahrscheinlich gilt jedenfalls, daß Baldwin dem König seine Demission anbieten werde.

Noch kein Entschluß Baldwins.

Schwierigkeiten der Koalitionsbildung.

London, 10. Dezember. Den „Times“ zufolge ist die Regierung entschlossen, sich in ihren Entschlüssen nicht zu übereilen und es wird von berufenen Stellen dementiert, daß sich Baldwin bereits am Samstag zur Demission entschlossen habe. Es ist offenkundig, daß eine solche Entschlüsselung nicht eher fallen kann, als bis sich der Premierminister mit seinen Kollegen beraten hat, wozu der für morgen einberufene Ministerrat Gelegenheit bieten wird. Baldwin wird im Laufe des morgigen Tages den König aufsuchen. Es ist zwar bekannt, daß Baldwin von dem Augenblicke an, als er in Plymouth seine neue Politik vorzeichnete, bereit war, seines Amtes zu entsagen, wenn sich das Land gegen ihn ausspricht und es ist kein Anlaß zur Vermutung, daß sich sein persönlicher Standpunkt in dieser Zeit geändert hätte. Es gibt hier aber noch zahlreiche andere Umstände, die in Erwägung gezogen werden müssen, so daß nach allgemeiner Ansicht sich der Stand der Dinge so gestalten kann, daß er die persönlichen Wünsche vollständig in den Hintergrund drücken kann.

Im Laufe des Sonntags ist die Möglichkeit der Bildung einer formalen Koalition zweier Parteien schwächer geworden, trotzdem besaßen sich aber die Blätter ständig mit dieser Möglichkeit. Dabei erklärten sie die Verbindung der Unionisten mit der Arbeiterpartei für unwahrscheinlich und nehmen nur eine Kombination der konservativen Partei mit der liberalen oder der liberalen Partei mit der Arbeiterpartei als möglich an. Aber einer der hervorragendsten Führer der Liberalen, Sir John Simon, erklärte, die Stimmung der liberalen Kreise in Nordengland sei gegen das Zusammenwirken mit den Konservativen, andererseits wolle der äußerste Flügel der Arbeiterpartei nicht mit den Liberalen zusammenarbeiten.

Die „Times“ erwägen die durch das Wahlergebnis gegebenen Möglichkeiten und machen darauf aufmerksam, daß die öffentliche politische Meinung sich in einem derart bewegten Zustande befinde, daß sich die Situation leicht von Tag zu Tag ändern könne.

men des großen europäischen Problems geheilt werden können. Daneben spielten auch die Wohnungsfrage, sowie die Frage der Verstaatlichung der Eisenbahnen, der Sozialisierung der Gruben eine besondere Rolle. Der Rekonstruktionsplan der Arbeiterpartei zeichnete sich in diesem Wahlkampf als ein klares, konkretes Ziel aus, dem die von egoistischen Kapitalinteressen geleiteten bürgerlichen Parteien nichts Gleichwertiges entgegenzustellen vermochten.

So erklärt es sich auch, daß neben den zum Sozialismus erwachenden englischen Arbeitermassen auch zahlreiche Angehörige anderer Klassen, vor allem jene der Intelligenz, sich offen der Arbeiterpartei zuwenden. Man hat mit einem Versuch von Ironie die Arbeiterpartei die „Partei der geschicktesten Leute“ genannt, aber diese ironisch gemeinte Bezeichnung ist ein großes Stück Wahrheit. Die Partei verfügt über eine unabhägbare Reihe von wissenschaftlichen und fachlichen Autoritäten, und der Sozialismus findet immer mehr begeisterte Verfechter und Befürworter auch in solchen Kreisen, die nach festländischen Vorstellungen zu seinen geschworenen Feinden zählen. Was England an großen Männern der Wissenschaft, der Kunst und der Literatur zählt, steht fast durchwegs im Lager der Labour Party. Namen wie Sidney Webb, Bertrand Russell, G. C. Wells, Bernab Shaw

und Solly, die teils als Kandidaten, teils als Redner für die Partei austraten, erwiesen dies. Bezeichnend ist, daß unter den Kandidatinnen auch Lady Warwick, eine britische Adelige austrat und am sinnfälligsten erhellt dies aus der Tatsache, daß auf das Programm der Arbeiterpartei sogar der Sohn des englischen Premierministers Baldwin, M. Oliver Baldwin, kandidierte.

Aber auch dieser Zustrom der englischen Intelligenzkreise gibt keine restlose Erklärung für das gewaltige Anwachsen der englischen Arbeiterpartei. Was sie vielmehr am meisten stärkte und ihre Werbekraft erhöhte, das war, daß sie in voller innerer Einigkeit und von außen durch Splitterungsbestrebungen nicht beeinträchtigt, den Kampf aufnehmen konnte. Wenn irgendetwas gezeigt werden konnte, was eine Arbeiterpartei vermag, so haben dies diese Wahlen bewiesen, die im Zeichen der Geschlossenheit und Einigkeit vor sich gingen. Ohne starke eigene Presse, ohne größere Geldmittel und ohne genügende Propagandamöglichkeit, war dieser glänzende Gewinn unserer englischen Genossen nur möglich, weil sie ungeschwächt durch inneren und äußeren Streit unter der Arbeiterschaft ihre volle Kraft der Bekämpfung der bürgerlichen Gegner zuwenden konnten. Für unsere Arbeiterschaft ist dies die hervorstechendste und wertvollste Lehre dieses Wahlkampfes.

Baldwin beim König.

London, 10. Dezember. (Hav. s.) Premierminister Baldwin hat sich auf eine Einladung des Königs in den Buckinghampalast begeben, wo er mit dem König, welcher über die gegenwärtige politische Situation informiert zu werden wünschte, durch längere Zeit hindurch konferierte.

Ein Angebot der Liberalen an die Labour-Party.

London, 9. Dezember. „Westminster Gazette“ veröffentlicht einen Brief Lord Bockmesters, der offenbar dazu bestimmt ist, einen gewissen Druck auf den König auszuüben, sich nicht noch einmal auf ein konservatives Kabinett einzulassen und zugleich der gemäßigten Gruppe der Arbeiterpartei Mut zu machen, die Regierung zu übernehmen. Lord Bockmaster spricht die Hoffnung aus, daß die konservative Partei den Anstand haben werde, sofort zu demissionieren, und Ramsay MacDonald den Mut haben werde, die Regierungsbildung zu übernehmen. Er könne der Unterstützung der Liberalen sicher sein, wenn er sich darauf beschränken wolle, folgende große gesetzgeberische Aufgaben durchzuführen, die mindestens zwei Jahre in Anspruch nehmen würden:

1. Große öffentliche Arbeiten, insbesondere Kanalbauten, um die produktive Arbeitslosenfürsorge durchzuführen.
2. Verstaatlichung des Arztes und des Betriebes der Bergwerke.
3. Eine großzügige Wohnungsbaupolitik.
4. Reform der Arbeiterschaftsgesetzgebung.
5. Eine versöhnliche Außenpolitik, die im Interesse einer Stabilisierung des Weltfriedens von den internationalen Organisationen der Arbeiterpartei und der Gewerkschaften der ganzen Welt Gebrauch macht.

Die Bedeutung dieses Angebotes an die Arbeiterpartei wird heute morgens unterstrichen durch die Erklärung aller drei großen liberalen Zeitungen, wonach die liberalen Parteien den sofortigen Rücktritt der konservativen Parteiführer fordern.

Die Frage eines etwaigen Kabinetts MacDonald.

London, 9. Dezember. (Reuter.) Die politische Lage hat sich Ende der Woche nicht geklärt. Die Führer sämtlicher Parteien erwägen sorgfältig die neuen Verhältnisse, doch sind, soweit bekannt ist, die Parteien bisher nicht in Fühlung miteinander getreten, um ihre Standpunkte klarzulegen. Es kann diesbezüglich nichts festgestellt werden, insofern die Konservativen sich nicht entscheiden werden, ob das Kabinett umgebildet und der Versuch gemacht werden soll, mit einem derart formulierten Programm zu regieren, welches einer möglichst geringen Opposition begegnen würde. Sobald diese Frage entschieden sein wird, wird es möglich sein, bei dieser oder jener Oppositionspartei zu erforschen, wie ein derart formuliertes Programm aufgenommen würde. Man denkt weder an eine Koalition, noch an ein aktives Zusammenarbeiten. Wenn die Konservativen am Ruder bleiben, wollen sie vor allem des passiven Wohlwollens der Liberalen versichert sein. In politischen Kreisen sieht man zahlreiche in Folge der neuen Verhältnisse auftauchende Schwierigkeiten im Unterhause voraus, und es wird, mag die Regelung dieser Verhältnisse wie immer ausfallen, stets die Gefahr obwalten, daß sie auf einmal durch eine neu auftauchende Frage umgestürzt wird. Große Wichtigkeit mißt man dem nächsten Ministerrat bei, welcher die Entscheidung treffen wird, ob Baldwin demissionieren und die konservative Partei den Versuch machen soll, am Ruder zu bleiben. In politischen Kreisen kursieren verschiedene Mutmaßungen, insbesondere betreffs der Möglichkeit, daß die Konservativen die Bildung der Regierung ablehnen und dem Könige den Rat erteilen werden, Ramsay MacDonald zu berufen. Es ist eine bisher unentschiedene Frage, ob MacDonald die Mission, ein Kabinett zu bilden, annehmen oder sie ablehnen würde. Im ersteren Falle würde er sich die ausschlaggebende Unterstützung der beiden anderen Parlamentariergruppen sichern wollen.

Macdonald über eine Regierung der Labour Party.

London, 10. Dezember. (Tsch. P.-B.) Ramsay Macdonald erklärte in einer Unterredung zu der Frage ob die Arbeiterpartei ihren Sieg zu einem logischen Abschluss bringen und die Regierung zu übernehmen bereit sein würde: Natürlich, Koalitionen seien von der Arbeiterpartei immer als eine unangenehme Sache angesehen worden. Die Frage, ob er bereit sei, an einer Koalition teilzunehmen, sei Sache der Arbeiterpartei als Ganzes und könne daher von ihm persönlich nicht entschieden werden. Grundsätzlich seien Koalitionen unangenehm, sie führten zu Handlungen, die manche Leute als politische Unehrlichkeit bezeichnen könnten.

Der Sekretär der Arbeiterpartei, Henderson, erklärte, es sei unmöglich, die zukünftige Entwicklung, die aus der überwältigenden Niederlage der Konservativen entspringe, voraussagen zu können. Nichts könne im Zusammenhange damit getan werden, bis die Führer der Arbeiterpartei Gelegenheit hätten, zusammenzukommen und die politische Lage zu erörtern. Eine Zusammenkunft werde wahrscheinlich Anfang der Woche stattfinden.

Die Liberalen für Zusammenarbeit mit der Arbeiterpartei.

London, 10. Dezember. (Havas.) Die liberale Presse empfiehlt die Zusammenarbeit mit der Arbeiterpartei. Der „Daily Herald“ schreibt, daß die Arbeiterpartei die eventuelle Anforderung zur Regierungsbildung übernehmen werde.

Macdonald gegen Poincaré.

Das Ruhrunternehmen unannehmbar.

Paris, 9. Dezember. Ramsay Macdonald, der Führer der englischen Arbeiterpartei, erklärte dem Sonderberichterstatter des „Matin“, das englische Volk sei augenblicklich Frankreich nicht günstig gesinnt. Die führenden Politiker Frankreichs sollten sich davon überzeugen, daß Frankreich durch freundschaftliche Verhandlungen zu einem Einverständnis gelangen müsse. Alle französischen Statistiken zeigten, daß Frankreich gedeihe. Das englische Volk frage sich deshalb, warum Frankreich seine Schuld an England nicht bezahle, da England doch seine Schuld bei den Vereinigten Staaten begleiche. In England glaube man, daß Frankreich kein offenes Spiel treibe. Gewisse Reden Poincarés hätten einen schlechten Eindruck auf das englische Volk gemacht. Noch der Ansicht der englischen Arbeiter sei das Ruhrunternehmen Frankreichs unannehmbar. Wenn Frankreich die Entente aufrechterhalten wolle, müsse es England einen Schritt entgegenkommen.

Nicht weibliche Mitglieder des Unterhauses.

London, 9. Dezember. (AP.) Durch die Wahl des Fr. Jefferson, Mitgliedes der Labour-Party in Norwich, ist die Zahl der Frauen im Unterhause auf acht gestiegen. Bisher hat der allgemeine Eindruck vorgeherrschet, daß männliche Wähler für einen weiblichen Kandidaten nicht gern ihre Stimme abgeben, doch geben die bei dieser Gelegenheit erzielten Wahlergebnisse Anlaß zur Vermutung, daß dieses Vorurteil geschwunden ist.

Aus dem Völkerbundrat.

Paris, 10. Dezember. Die erste Sitzung der 27. Session des Völkerbundesrates fand vormittags kurz nach 11 Uhr im Pariser Rathaus statt. Die Mitglieder des Rates zogen sich nach den üblichen Formalitäten zu einer Sitzung hinter verschlossenen Türen zurück, über die folgendes Komunique ausgegeben wurde: „Der Rat hat beschlossen, ein Subkomitee zur Prüfung der Frage des finanziellen Wiederaufbaus Ungarns, das sich aus 7 Mitgliedern zusammensetzen wird, zu bilden. Es sind dies die Vertreter im Völkerbundsrate Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, Ungarns, Rumäniens, Jugoslawiens, der Tschechoslowakei. Ferner hat sich der Rat mit einigen finanziellen Angelegenheiten des Völkerbundes beschäftigt. Er hat beschlossen, daß die Kommission für die Kostenverteilung ihre Arbeit fortsetzen und einen definitiven Plan aufstellen soll. In dieser Kommission sind vertreten: Frankreich (führt den Vorsitz), ferner Brasilien, Rumänien, Japan, England, Italien und Südafrika.“

In der ersten Kommission für den Wiederaufbau Ungarns ist die Tschechoslowakei durch Dr. Benesch, Rumänien durch Titulescu, Ungarn durch Graf Bethlen vertreten. Die Nachmittagsitzung hatte folgende Punkte auf der Tagesordnung: 1. Mitteilung der Ergebnisse der im August und September d. J. in Genf tagenden Konferenz an die Regierung über die Verteilung von obigen Publikationen (Berichterstatter Lord Robert Cecil). 2. Bericht über die Konferenz betreffend die Zollformalitäten (Referent Cannonau). 3. Rückweisung von Resolutionen der Völkerbundsversammlung betreffend Nahrungseinsparungen (Referent Bonin-Longare).

Annäherung Frankreichs an Rußland.

Moskau, 10. Dezember. (Kosla.) Die „Iswestija“ veröffentlicht einen Artikel Stalins über das Verhältnis Rußlands zu Frankreich. Stieflov konstatiert in seinem Artikel, daß in der französischen öffentlichen Meinung der Wunsch nach Annäherung an Rußland immer mehr im Wachsen sei und sich in der letzten Zeit hauptsächlich in wirtschaftlichen Kreisen befunde. Weiter hebt Stieflov hervor, daß zwischen Frank-

reich und dem Bunde der Sowjetrepubliken kein Anlaß zu Zwistigkeiten sei. Es bestehe dagegen eine Reihe wichtiger politischer und wirtschaftlicher Interessen, welche zu wechselseitigen Vereinbarungen zwingen. In einer Annäherung Frankreichs an Rußland trage auch die Isolierung Frankreichs bei und das Jögern der Kleinen Entente, welche eine friedfertige Politik vertritt.

Borbegehungene Spekulationen.

Berlin, 10. Dezember. Von den Rednern und den Organen der Deutschnationalen Partei wird jetzt ganz offen zugegeben, daß ihre Taktik im Reichstage darauf eingestellt war, in die Sozialdemokratie einen Spaltungskreis hineinzutreiben. Die Deutschnationalen wollten die Auflösung des Reichstages erzwingen, weil sie glaubten, die in der sozialdemokratischen Partei über die Stellung zum Ermächtigungsgesetz bestehenden Differenzen würde diese so schwächen, daß sie einen ernsthaften Wahlkampf gegenwärtig nicht zu führen imstande seien. Dieser Spekulationen gegenüber verweist der „Vorwärts“ darauf, daß sich die Masse des Volkes nicht mit Fragen der politischen Taktik beschäftigen und daß die Partei der Deutschnationalen nicht den Gefallen tun dürfe, sich in Diskussionen über eine taktische Streitfrage innerlich zu zerreiben. In wenigen Monaten, oder vielleicht Wochen, werde die Zeit reif sein, um die Wähler vor die Frage zu stellen, ob die Sanierung Deutschlands auf Kosten der Arbeiter, Angestellten und Beamten erfolgen solle, oder auf Kosten derer, die sich im Kriege und Nachkrieg zum Nachteile der Massen schamlos bereichert haben. Dieser Kampf wird ausgefochten werden und die Frage wird dann sein, ob Deutschland deutschnational oder sozialdemokratisch werden solle.

Das Ermächtigungsgesetz angenommen.

Berlin, 9. Dezember. (Tsch. P.-B.) Das Ermächtigungsgesetz wurde im Reichstag mit allen gegen acht Stimmen der Kommunisten angenommen. Die Deutschnationalen hielten sich absentiert. Ein Antrag der Deutschnationalen auf Einführung der Wahlpflicht wurde mit 207 gegen 79 Stimmen abgelehnt. Nach Erledigung einiger Anträge über den Personalabbau vertrat sich der Reichstag und dem Präsidenten wurde die Ermächtigung erteilt, den Termin und die Tagesordnung der nächsten Sitzung selbst zu bestimmen.

Schwierigkeiten der Thüringischen Regierung.

Dresden, 10. Dezember. Heute nachmittags fanden zwischen Demokraten und Sozialdemokraten über die Forderung der Demokraten wegen Rücktritts des sozialistischen Innenministers Liebmann, weil dieser die kommunistischen Pläne begünstigt und die Reichswehr durch sächsische Polizei bespioniert. Verhandlungen statt. Die Sozialisten versuchten die Demokraten von ihrer Forderung abzubringen, aber dieselben bestanden auf dem baldigen Rücktritt des Ministers. Die Sozialisten erklärten hierauf, daß sie die Entscheidung der gesamten Fraktion überlassen müßten, die am Mittwoch oder Donnerstag ihre Entscheidung fällen wird. Falls die Fraktion den Minister Liebmann halten sollte, wird die demokratische Partei der Regierung ihre Unterstützung entziehen und diese damit ohne Mehrheit sein.

Rücktritt der Thüringischen Regierung.

Weimar, 8. Dezember. (Wolff.) In der gestrigen Landtagssitzung waren zwei Wahlvorschlüge zur Ergänzung der Regierung eingegangen: ein solcher der Vereinigten sozialistischen Partei Deutschlands und eine Liste von den Kommunisten. Die Abstimmung ergab die Ablehnung der sozialdemokratischen Liste mit 31 gegen 22 Stimmen. Hierauf teilte Staatsminister Froelich den Rücktritt der Regierung mit. Das Ministerium wird bis zur Bildung der neuen Regierung die Geschäfte weiterführen.

Inland.

Abgeordnetenhaus.

Prag, 10. Dezember. Heute hielt das Abgeordnetenhaus zwei kurze Sitzungen ab. Zunächst wurde der Nachtragsvertrag zu den Elbschiffahrtsakten vom 27. Jänner 1923 beraten und debattelos angenommen. Der zweite Verhandlungspunkt, nämlich das Gesetz über die Gesundheitszuschläge zu den direkten Steuern, wurde von der Tagesordnung abgesetzt, da der Gesundheitsminister außerhalb Prag's weilte und daher nicht zugegen sein konnte. Der Berichterstatter des verfassungsrechtlichen Ausschusses Dr. Medvecký berichtete sodann über das Gesetz betreffend das Strafverfahren gegen abwesende Personen. Auch diese Vorlage wurde, sowie der Antrag des Senators Krousky über das Entscheidungsrecht der Gerichte betreffend die Höhe der Strafkosten und das Gesetz über die Wirksamkeit öffentlicher Notare in

Poststreik in Oesterreich.

Wien, 8. Dezember. (R. B.) Das erweiterte Aktionskomitee der Bundesangestellten beschloß in der heute nachmittags abgehaltenen Konferenz von Montag 6 Uhr früh den Streik für das Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesen ganz Oesterreichs und das Zolloberamt Wien. Ausgenommen von dem Streik sind die humanitären Anstalten.

Wien, 10. Dezember. (AP.) Infolge des heute proklamierten Streikes ruht der Verkehr bei den Post-, Telegraphen- und Telephonämtern vollständig. Bei allen Ämtern sind Streikposten aufgestellt, doch ist es nirgends zu Zwischenfällen gekommen, wie auch sonst überall Ruhe herrscht. Man hofft, daß es im Laufe des heutigen Tages noch zu Verhandlungen wegen Beilegung des Streikes kommen wird. Jedenfalls dürfte die morgige Sitzung des Nationalrates eine Klärung der Lage bringen.

Wien, 10. Dezember. Die Eisenbahnangestellten befinden sich mit den Streikenden ihre Solidarität durch Nichtbeförderung sämtlicher Post auf den Bahnen. Im Laufe des Tages ist es zu neuen Verhandlungen gekommen. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, wird der Streik wahrscheinlich noch über den morgigen Tag andauern, für welchen der Nationalrat einberufen wurde. Das Parlament wird hierauf die Aufgabe des Vermittlers übernehmen. Der Nationalrat soll morgen die Vorlage über die Resolution der Bezüge der Staatsangestellten erörtern. Der Bundeskanzler soll die Demission unterbreiten, wenn der Nationalrat diesen Gesetzentwurf nicht im Sinne des Regierungsentwurfes ersuchen sollte. Neber über das Regierungselaborat hinausgehender Entwurf würde die Sanierung des Staates gefährden.

Antilemische Kravalle an der Budapester Universität.

Budapest, 10. Dezember. (UNA.) Auf der hiesigen Universität kam es heute zu Kravallen, wobei mehrere jüdische Hörer verprügelt wurden. Den Anlaß zu dieser Schlägerei gab der Umstand, daß vor einigen Tagen in einem Kaffee im Judenviertel von Budapest ein betrunkener Soldat von einem jüdischen Geschwächler bei einem Wortwechsel erschossen wurde. Die verprügelten Studenten begaben sich in das Parlamentsgebäude, wo sie den sozialdemokratischen Abgeordneten bitten, der Nationalversammlung zur Kenntnis zu bringen, sie seien heute auf der Universität von mehreren Personen, die teils in Zivil, teils in Uniform gekleidet waren, mit Kummlnütteln attackiert worden. Abgeordneter kam diesem Ersuchen nach und brachte anlässlich der Feststellung der Tagesordnung der morgigen Sitzung den Fall zur Sprache. Er gab seinem Bedauern Ausdruck, daß fast jedesmal, wenn sich der Ministerpräsident und der Finanzminister in Vertretung der ungarischen Interessen ins Ausland begeben, sich derartige bedauerliche Zwischenfälle ereignen. Der Stellvertreter des Ministerpräsidenten Dr. Vashy erklärte, er habe mit Bedauern von dem Vorfalle Kenntnis erlangt. Die Regierung treffe weitestgehende Maßnahmen teils zur Feststellung, wer die Ruhestörer an der Universität gewesen sind, teils um weitere Ruhestörungen zu verhindern. Sollten die vom Rektor erlassenen Verfügungen nicht genügen, so werde die Regierung die Schließung der Universität anordnen. Sowie konnte konstatiert werden, daß es sich nur um vereinzelte Erscheinungen handelt. An der Universität werden die Vorlesungen und Prüfungen durch die Kravalle nicht berührt.

der Slowakei und Karpathenrußland debattelos angenommen. Nachdem das Haus noch beschloffen hatte, den Gesuchen um Auslieferung der Abgeordneten Borovský und Trnobranský nicht nachzukommen, wurde die erste Sitzung geschlossen.

In einer zweiten Sitzung teilte der Vorsitzende Tomasek mit, daß ein schriftliches Gesuch des Abgeordneten Widoch vorliegt, nach § 51 der Geschäftsordnung dem Minister Koval eine Klage zu erteilen wegen dessen Rede im Abgeordnetenhaus vom 30. November, durch die sich Widoch beleidigt fühlt. Präsident Tomasek erklärte, daß er über diese Zuschrift ein Rechtsgutachten eingeholt habe. Damit war die Tagesordnung erledigt. Das Haus wies das Gesetz über die Umsatz- und Zugsteuer dem Budgetausschuß mit einer dreitägigen Frist, das Gesetz über die Baubewegung dem sozialpolitischen und Budgetausschuß mit einer 48stündigen Frist, und das Ermächtigungsgesetz betreffend die Handelsverträge dem Außen- und Gewerbeausschuß mit einer

48stündigen Frist zu. Die Spiritusverordnung wurde dem verfassungsrechtlichen Ausschuß zugewiesen.

Nächste Sitzung: Dienstag, den 11. Dezember, um ein Uhr nachmittags. Auf der Tagesordnung befinden sich die Arbeitslosenverordnungen, das Gesetz über die Kohlensteuer und Finanzangelegenheiten.

Das vom sozialpolitischen Ausschuß zur Beratung der Sozialversicherung eingesehene Subkomitee hielt unter Vorsitz Dr. Winters seine zweite Sitzung ab, in der eine Debatte über die Krankenversicherungsabgaben abgeführt wurde. An dieser Aussprache beteiligte sich u. a. auch Genosse Laub.

„Die Leute arbeiten ordentlich und sind völlig zufrieden.“

Die „Subdeutsche Tageszeitung“ kann sich nicht fassen vor Vergnügen über den „Glänzenden Erfolg der Militärdiktatur in Spanien.“ Was sie darüber in ihrem höchst mangelhaften Subdeutschen laudervollst, wäre an sich herzlich gleichgültig; da sich aber in die Befolgung der Herren Salinas, Nizich und Konforten ein paar schlecht orientierte Proletarier verirrt haben, lohnt es sich schon, das indianische Triumphgeheul über die bestialische Fäulnis und Verflorung spanischer Arbeiter zu hören.

Bisher stand es schlimm in Spanien mit dem ehrenwerten Blatt; es kam sogar vor, daß Syndikalisten begnadigt wurden. Das ist jetzt anders geworden. Sofort nach Beginn der Militärdiktatur wurden die dortigen Arbeiterführer, soweit man ihrer habhaft werden konnte, gefangen genommen und kurzerhand, ohne irgend ein langdauerndes Verfahren, sofort nach Feststellung ihrer Identität erschossen! (!) Das hat gewirkt. Es herrscht jetzt Ruhe, Friede und Sicherheit im Lande, „die Leute arbeiten ordentlich und sind völlig zufrieden!“ Auch die Autonomiebewegung in Spanien habe seit jenen Hinrichtungen völlig aufgehört.

Dieses seltsam stumpfe Geschichtchen merkt gar nicht, daß es sich selbst um den Hals redet, wenn es die standrechtliche Exekution als Abwehrmittel gegen Autonomiebestrebungen anspricht. Im Uebrigen steht diese Anpreisung des Nordes moralisch genau so tief, wie der vollbrachte Mord.

Die tschechischen sozialistischen Parteien verlangen eine Verbilligungspolitik. Am vergangenen Freitag fanden Beratungen der tschechischen sozialistischen Parteien im Parlamente statt. Die Beratungen betrafen die Notwendigkeit der Verbilligung von Kohle, Zuder, Eisen, Baumaterialien und Fleisch. Es ist beschloffen worden, planmäßig vorzugehen, und die ganze Kraft der beiden tschechischen sozialistischen Parteien zu entfalten. Schließlich sei ein Einvernehmen bezüglich des Vorgehens in der Regierung, in der Koalition und in der Presse erzielt worden. Die neuen Kohlenpreise sind bereits festgesetzt. Beim Zuder werde dies durch die Nationaldemokraten aufrechterhalten. Die tschech. sozialistischen Parteien beantragen für alle Fälle eine Reihe von Maßnahmen, falls die Industriellen neuerlich auf den Staat einen Druck ausüben sollten, daß er als erster die Möglichkeit einer Preisoberhebung durch neue steuer- und tarifliche Ermäßigungen bezahle, würden sich die Sozialisten in der Koalition dieser Preisoberhebung widersetzen. Der Staat werde die Tarife herabsetzen, aber zunächst müsse sich die Kohlenpreisoberhebung und das Opfer des Staates einer Verbilligung der Industrie-Erzeugnisse geltend machen. Bei Bedarf würden die Sozialisten zollfreie Einfuhr billigen ausländischen Lebers erzwingen. Auch handle es sich um die Vermehrung der Einfuhr von Vieh und Geflügel, behufs Herabsetzung der Fleischpreise.

Das Mieterschutzgesetz. Die Regierung wird dem Abgeordnetenhaus ein Gesetzentwurf vorlegen, nach dem in Städten, wo sich einige Bezirksgerichte befinden, demnach in Prag und Brünn, eines von diesen mit der Entscheidung über die unter die §§ 4 und 21 des Gesetzes vom 20. April 1923 über den Mieterschutz fallenden Angelegenheiten betraut wird. Diese Angelegenheiten erfordern eine schnelle Erledigung. Das neue Gesetz würde vom 1. Jänner bis 30. April 1924 wirksam sein, demnach bis zum Ablauf der Gültigkeit des Mieterschutzgesetzes.

Spionagerichter. „Narodni Listy“ melden: Bereits längere Zeit wurde beobachtet, daß einer von unseren benachbarten Staaten vorzüglich über vertrauliche Angelegenheiten informiert ist. Es waren dies hauptsächlich militärische Angelegenheiten. Nach mißweiliger Kontrolle durch die Sicherheitsbehörden in der Slowakei wurde festgestellt, daß die Zentrale dieser Berichterstattung in der ungarischen Adelsfamilie Esterhazy, die in Neutra in der Slowakei lebt, zu suchen ist. Die Aufmerksamkeit der Sicherheitsbehörden konzentrierte sich nach umfangreichen und eingehenden Nachforschungen zuletzt auf das Mitglied dieser Familie, die Gräfin Esterhazy, eine berühmte Schönheit, die eine große Rolle im ungarischen Adel spielt. Die Gräfin unternahm häufig Reisen nach Ungarn und Polen und zwar keineswegs in privaten Angelegenheiten. Sie wurde bereits verhaftet. Es ist selbstverständlich, daß an diesem Vorfalle eine ganze Reihe verschiedener Personen beteiligt ist.

Zwei Jahre Parteiarbeit.

Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag.

I.

Der Parteivorstand hat an den Parteitag diesmal einen Bericht zu erstatten, der einen Zeitraum von zwei Jahren, nämlich vom 1. Juli 1921 bis 30. Juni 1923, umfaßt. Der Bericht über jedes der Berichtsjahre erscheint separat und stellt in seiner Videnlosigkeit, in der Hervorhebung der wichtigsten politischen Ergebnisse und Parteialtionen, ein übersichtliches Bild der politischen Geschichte der erwähnten zwei Berichtsjahre dar. An dieser Stelle kann nur ganz kurz eine Uebersicht über den reichhaltigen Bericht gegeben werden, im Vorlaute werden ihn die Delegierten am Parteitage selbst vorfinden.

In den zwei Jahren, über die der Bericht erstattet wird, gab es in der Tschechoslowakei einmal einen Regierungswechsel. Im Herbst 1921 wurde die Regierung Cerny von der Regierung Benesch abgelöst, im Herbst 1922 die letztere von der noch heute im Amte befindlichen Regierung Bieha. Diese beiden politischen Ereignisse werden zum Anlasse genommen, um die bekannte Stellung unserer Partei zu den beiden Regierungen einer kurzen, aber das Wesentliche hervorhebenden Charakteristik zu unterziehen. Als das wichtigste politische Ereignis im ersten Berichtsjahr wird der Putsch des letzten Habsburgers in Ungarn im November 1921 hervorgehoben und es wird dargestellt, welche Bemühungen die Partei aufgewendet hat, den Kampf gegen die Kriegsgesahr wirkungsvoll zu führen und daß sie in diesem Bestreben gemeinsam nicht nur mit der tschechischen Sozialdemokratie, sondern auch mit den proletarischen Parteien Oesterreichs und Deutschlands vorgegangen ist. Anlässlich des Putsches wurden in allen größeren Orten öffentliche Volksversammlungen abgehalten, in denen gegen die Kriegsgesahr Stellung genommen wurde. Für die Hinterbliebenen der hiebei in Grazitz getöteten Proletarier wurde durch eine große Sammelaktion gesorgt. Im zweiten Berichtsjahre ist wohl das wichtigste politische Ereignis der Kampf, den die deutsche Sozialdemokratie gegen das Schußgesetz aufnahm. Obwohl naturgemäß die Kraft des deutschen Proletariats allein nicht hinreichte, um das Schußgesetz zu stürzen, wurde dies jedoch dazu benutzt, um die deutsche Arbeiterschaft über das Wesen dieses Gesetzes aufzuklären.

In den zwei Jahren, von denen der Bericht erzählt, hat die Partei ununterbrochen mit jährr Energie und Ausdauer gegen Feuertung, Wirtschaftsnote und Lohndruck gekämpft. Schon im Jahre 1921, da die letzten Reste der staatlichen Ernährungswirtschaft beseitigt wurden, ist eine Feuertung aller für die breiten Massen der Bevölkerung notwendigen Lebensbedarfsartikel eingetreten, deren Bekämpfung die Partei alle Aufmerksamkeit zuwandte. Von Erfolg gekrönt war hiebei eine Aktion, welche die lokalen Instanzen der Partei bei den Bezirksbehörden unternahm und die in vielen Orten zu einer Herabsetzung der Preise führte. Die Sorge der Partei galt naturgemäß am meisten dem Kampfe gegen die Wirtschaftskrise. In unendlichen vielen Beratungen sowohl des Parteivorstandes, als auch gemeinsam mit den Gewerkschaften und Genossenschaften wurden die Mittel angegeben, deren Anwendung zur Vinderung der Wirtschaftskrise erübrigt hätten und die Regierung an ihre Pflicht erinnert. Ebenso wurde die Verbindung mit allen übrigen Gewerkschaftsorganisationen und allen proletarischen Parteien gesucht und es gelang in der Konferenz am 5. Juli 1922, gerade in der Zeit, wo die Wirtschaftskrise eine ungeheure Ausdehnung gewann, zu einer einheitlichen Stellungnahme aller politischen Organisationen in diesem Staate zur Wirtschaftskrise zu gelangen. Leider folgte dieser einheitlichen Stellungnahme nicht die einheitliche Tat des gesamten Proletariats, die deutsche Arbeiterschaft war wieder auf sich allein angewiesen. In zahlreichen Versammlungen im Jahre 1922 wurden die aufgestellten Forderungen den Arbeitern erläutert. In einem Aufrufe wurde die Einberufung des Parlamentes verlangt, damit die gesetzgebende Körperschaft zur Lebensfrage der Bevölkerung Stellung nehme. Ebenso wurde alles getan, um den die Existenz der Arbeiterschaft gefährdenden Lohnabbau zu verhindern. Die Schwere der Wirtschaftskrise stärkte die Macht der Unternehmer, so daß die Arbeiterschaft sich den Lohnabbau vielfach gefallen lassen mußte. Ebenso wurden den sozialpolitischen Forderungen der Arbeiterschaft stetes Augenmerk zugewandt, insbesondere im Parlamente. Im Mittelpunkt stand hiebei die Frage der Sozialversicherung. Im Jahre 1923 fand eine gemeinsame Konferenz mit den Gewerkschaften und Krankenkassen statt, um einen einheitlichen Standpunkt auch in dieser Frage zu erzielen.

Um der Weltreaktion einen Damm entgegen zu setzen, hat auch die Partei alle Versuche der internationalen Einigung des Proletariats unterstützt. Im ersten Berichtsjahre hat unser Vertreter an den Verhandlungen teilgenommen, die der Einigung der damals bestehenden drei Internationalen dienten. Als dies nicht gelang, haben wir uns auf dem Hamburger Kongress im Mai 1922 der neugebildeten sozialistischen Arbeiterinternationale angeschlossen. Aber auch für die internationale Einigung des Proletariats in der Tschechoslowakei waren wir in den zwei Jahren tätig. Wir haben im Jahre 1922 alle proletarischen Parteien dieses Staates zu einer gemeinsamen Mailfeier aufgerufen — leider ohne Erfolg. Wir haben dem Hamburger

Kongress eine Denkschrift über unser Verhalten zur tschechischen Sozialdemokratie vorgelegt und die Einsetzung einer internationalen Kommission erwirkt. Trotz der vorläufig geringen Ergebnisse unseres Bemühens werden wir in dieser Arbeit, die an unsere Fähigkeit und Ausdauer die größten Anforderungen stellt, fortfahren. Eingedenk unserer internationalen Pflichten haben wir uns an allen proletarischen Hilfsaktionen zugunsten notleidender Proletariate in irgendeinem Lande beteiligt. So an der Aktion für Rußland im August 1922, die zunächst gemeinsam von allen proletarischen Parteien dieses Staates durchgeführt wurde, aus der aber die Kommissare bald ausgesprungen sind. Die gegenwärtig unternommene Hilfsaktion für Deutschland fällt nicht mehr in den Zeitraum des Berichtes.

Aus dem Berichte erfährt man auch, mit welcher Aufmerksamkeit sich die leitenden Parteinstanzen den Gemeindeangelegenheiten zugewandt haben. Die Beratungen, die vom Leitner Parteitag für diesen Zweck eingesetzt wurde, hat angeführt der furchtbare Wohnungsnot im April 1922 der Wohnungsprogramm gearbeitet. Auch in der Frage der Hilfe für die Arbeitslosen durch die Gemeinden ist der Beratungskreis für Kommunalangelegenheiten initiativ vorgegangen. Das in diesem Arbeitsgebiet wichtigste Ereignis — die Gemeindevahlen im September 1923 — fallen ebenfalls nicht mehr in die Berichtsperiode.

Viele Beratungen der Parteinstanzen galten der Parteipresse, welche durch die schwere Wirtschaftskrise in Mitleidenschaft gezogen wurde. Zum Zwecke der Erhaltung des Zentralorgans wurde die Preßfondabgabe eingeführt. Das Ansehen der Parteipresse wurde gefördert. Dieser Zweig unserer Parteieinrichtung wird auch fernerhin die größte Aufmerksamkeit zugewandt werden müssen.

Im Berichtsjahre wurde auch ein Zweckverband der Parteidruckereien eingerichtet und es besteht begründete Hoffnung, daß sich dieser bewähren wird.

Was die Frauenorganisation betrifft, war für diese grundlegend der Beschluß des Leitner Parteitages, eigene Frauenaktionen der Lokalorganisation zu gründen. Obwohl dieser Beschluß im allgemeinen durchgeführt worden

ist und gute Früchte getragen hat, bleibt dennoch insbesondere in den ländlichen Kreisen in dieser Hinsicht noch viel zu tun übrig. Einem dringenden Wunsche der Genossinnen konnte infolgedessen Rechnung getragen werden, als die „Sozialdemokratin“ mit einer Arbeitsbeilage ausgestattet werden konnte. Anlässlich der samstägigen Frauenreichskonferenz wird über dieses Gebiet unserer Parteitätigkeit noch einiges gesagt werden.

Erfreulich ist der Stand unserer Jugendbewegung. Trotz der wirtschaftlichen Verhältnisse auch der Jugendorganisation ungünstig waren, gelang es doch, in der Berichtsperiode 24 neue Ortsgruppen und drei neue Kreisorganisationen zu gründen. Obwohl in Vorbergrunde die Bildungs- und Erziehungsarbeit gefordert ist, viele Jugendschulen und die Christenabteilung der Jugend ein großes Maß von Wissen vermittelt haben, hat die Jugendorganisation auch den Kampf um die speziellen Forderungen der Jugend, wie Jugendurlaub, Reform der Fortbildungsschulen und den Kampf gegen den Militarismus wirkungsvoll geführt.

Mit den Gewerkschaften hat die Partei in der Berichtszeit intensive Beziehungen unterhalten, wie dies durch die Wirtschaftskrise bedingt war. Die Entwicklung der Gewerkschaften in den letzten zwei Jahren ist aus den Jahresberichten der Zentralgewerkschaftskommission bekannt und hier keinerzeit darzulegen. Wir wollen nur hervorheben, daß es dem Deutschen Gewerkschaftsbund gelungen ist, durch die Institution der Vorstandskonferenzen die einzelnen Verbände fester aneinander zu schließen und die Kreisgewerkschaftskommissionen, welche einen neuen Tätigkeitsweg in den Betriebsausschüssen und Schlichtungskommissionen erhalten haben, auch lokal die Ortsgruppen fester aneinander zu binden.

Die Genossenschaften, die durch die sogenannte „Gesundungskrise“ der Volkswirtschaft gelitten haben, haben ihre Propaganda den gegenwärtigen Verhältnissen angepasst, indem sie eine eigene Propagandastelle für Frauen errichtet haben und durch Lichtbildervorträge das Interesse an den Genossenschaften zu erwecken suchen. Bedeutungslos war der allgemeine Genossenschaftstag am 6. November 1922, an dem eine gemeinsame Kundgebung aller Genossenschaften in der Tschechoslowakei zustande gekommen ist.

Anträge an den Parteitag.

(Schluß.)

Nr. 16, Antrag der Bezirksorganisation Prag zu Punkt 3 der Tagesordnung „Die parlamentarische Tätigkeit und unsere politischen Aufgaben“, betreffend die Internationale.

Der Parteitag fordert den Parteivorstand auf, die von der ehemaligen Arbeitergemeinschaft Sozialistischer Parteien propagierten Grundgedanken innerhalb der Sozialistischen Arbeiter-Internationale energisch zu vertreten und das Ziel der Arbeitergemeinschaft, die Zusammenfassung der gesamten, klassenbewußten Proletariate niemals aus den Augen zu verlieren.

Nr. 17, Antrag der Bezirksorganisation Prag zu Punkt 7 der Tagesordnung „Allgemeine Anträge“.

Der Parteivorstand wird beauftragt, dafür zu sorgen, daß für die Gesamtpartei bedeutsame politische Fragen, insbesondere das Vorgehen bei Wahlen, nach einheitlichen Grundgedanken geregelt werden.

Begründung: Die Erfahrungen der letzten Gemeindevahlen haben die Nachteile aufgezeigt, die eine lokale verschiedene Stellungnahme zu wichtigen politischen Fragen für die ganze Partei mit sich bringt. Es war dies insbesondere die Frage der Listenkoppelung, deren uneinheitliche Lösung schädlich gewirkt hat. Die Listenkoppelung bei politischen Wahlen ist durchaus keine rein formelle, wahltechnische Maßnahme, sondern ein Akt von politischer Bedeutung. Liegt in der Tatsache der Koppelung das Verbot, daß der Erfolg der Partei, mit der die Koppelung vorgenommen wird, uns erwünschter erscheint, als der Erfolg aller anderen gleichzeitig kandidierenden Parteien. Es wirkt daher unter den Massen verwerrend, wenn eine Parteiorganisation in dem einen Ort das Gegenteil dessen beschließt, was an einem anderen Orte für richtig befunden wurde. Das verschiedene Vorgehen stellt also eine taktische Behinderung des Wahlerfolges dar, da unsere Partei nach verschiedenen Seiten hin Angriffsflächen bietet. Das Stoppeln ist keine lokale Angelegenheit, da die dadurch hergestellte Wahlgemeinschaft mit einer bestimmten Partei in allen anderen Orten von unseren politischen Gegnern gegen uns ausgeübt werden kann. Es ist daher dringend geboten, daß ähnliche Fragen in Zukunft nicht ausschließlich nach den lokalen Verhältnissen, sondern nach allgemeinen, in Erstellung der Gesamtpartei und ihre Aufgaben in der größtmöglichen Umfange berücksichtigenden Grundgedanken geregelt werden.

Nr. 18, Antrag der Bezirksorganisation Prag zu Punkt 3 der Tagesordnung „Die parlamentarische Tätigkeit und unsere politischen Aufgaben“.

Der Parteitag möge beschließen: Die Ereignisse der letzten Berichtsperiode haben gezeigt, daß die politische Reaktion an allen deutschen Hochschulen immer mehr an Boden gewinnt. Das Reflektieren gegen den Rektor Steinberg, sowie die Anpöbelung der beiden sozialistischen Hochschullehrer Professor Fischer und Dozent Pecht, sind ein deutlicher Beweis dafür, daß auch

an den deutschen Hochschulen dieses Staates ein offener Kampf gegen alle Anhänger des Fortschrittes, oder gar des Sozialismus, geführt wird. Die nationalitätshaltenden Parteien, welche die politisch unerfahrenen Studenten dazu benützen, um sie ihren reaktionären Zwecken dienstbar zu machen, setzen offen ihre systematische Hetze gegen den „marxistischen Einfluß“ an den Hochschulen fort. Die akademischen Behörden haben vielfach die Angriffe gegen Lehr- und Lernfreiheit offen oder heimlich begünstigt und die Interessen der Universität kaum zu verteidigen gewagt, ja sie haben das Eingreifen der sozialistischen Parteien als Verlesung der Hochschulautonomie abgelehnt. Die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei wünscht, daß die deutsche Hochschulautonomie so lange erhalten bleibe, als die Frage der kulturellen Autonomie des deutschen Volkes in der Tschechoslowakischen Republik überhaupt nicht geregelt ist, sie wird aber nie zugeben, daß diese „Autonomie“ dazu mißbraucht wird, der nationalistischen Reaktion Vorschub zu leisten. Der Parteitag beauftragt daher den Parteivorstand, auch weiterhin den Kampf gegen die Reaktion an den Hochschulen fortzusetzen und gegebenen Falles im Einvernehmen mit den zuständigen Parteiorganisationen und den sozialistischen Studenten alle zweckdienlich erscheinenden Schritte zu unternehmen.

Nr. 19, Antrag der Bezirksorganisation Prag zu Punkt 7 der Tagesordnung „Allgemeine Anträge“.

Der Parteitag möge beschließen: Der Parteitag empfiehlt den Parteimitgliedern, aus der deutschen Völkerverbündigung auszutreten und sich an ihren Arbeiten nicht mehr zu beteiligen. Das Gleiche gilt von der Interparlamentarischen Union.

Begründung: Die hiesige Völkerverbündigung ist ihren Wesen nach keine Propagandastelle des Völkerverbündigungsgedankens, sondern eine politische Arbeitergemeinschaft der deutschen Parteien von der äußersten Rechten bis zu unserer Partei, zur gemeinsamen Beförderung der Auslandspropaganda für die nationalen Forderungen der deutschen Minorität. An der Völkerverbündigung nehmen Parteien und Persönlichkeiten teil, die programmatisch den Gedanken der Völkerverbündigung leugnen und die Idee des Völkerverbundes ablehnen und offenbar nur deshalb Mitglieder der Liga sind, weil sie sie mit Recht als ein Organ der deutschen nationalen Einheitsfront ansehen. Durch die Teilnahme an der Völkerverbündigung erscheint unsere Partei in einer ihrem Wesen fremden und ihrer programmatischen Politik entgegengesetzten Rolle: Als Verbündete der deutschen nationalen Bourgeoisie. Unsere Partei setzt sich damit in Widerspruch zu dem Verhalten der meisten sozialdemokratischen Parteien des Auslands, insbesondere zu denen, die der Wiener Arbeitergemeinschaft angehört haben. Die Mitgliedschaft in der Völkerverbündigung trägt zur Trübung des Verhältnisses unserer Partei zu den tschechischen Sozialdemokraten und zu den kommunistischen Sozialdemokraten bei. Sie bietet den rechten Parteien einen Gegenstand der Kritik und einen Angriffspunkt. Die Teilnahme an einer Orga-

nisation, die (allerdings vor unserem Eintritt) in einem Memorandum an den Völkerverbund für die Forderungen der Großgrundbesitzer eingetreten ist, ohne diesen ihren Schritt widerrufen zu haben, ist geeignet, unsere Partei vor den breiten Massen zu diskreditieren. Auch als eine Stelle, von der aus unsere Partei zum Ausdruck sprechen kann, ist die Völkerverbündigung entbehrlich, da die Arbeiterinternationale ein geeigneteres und unserer würdigeres Forum zur Verkündung der Forderungen der deutschen Arbeiterschaft darstellt.

Nr. 20, Antrag Dr. Egon Schwelb, Rudolf Steinberg und Genossen zu Punkt 2 der Tagesordnung „Berichte“.

Der Parteitag möge beschließen: Der Parteitag erblickt in der im Mai d. J. erfolgten Einigung der Wiener Arbeitergemeinschaft und der Londoner Internationale keinen Fortschritt auf dem Wege zu der von unserer Wiener Arbeitergemeinschaft seit ihrer Gründung angestrebten Einigung des gesamten Proletariats. Er erblickt in ihr vielmehr, soweit sie nicht formell, sondern auch tatsächlich durchgeführt wurde, ein Aufgeben der Grundzüge der Wiener Arbeitergemeinschaft zugunsten der revisionistischen und ausschließlich sozialreformistischen Parteien der sogenannten Zweiten Internationale und die bebauerte Vergrößerung der zwischen den Parteien unserer Arbeitergemeinschaft und den kommunistischen Internationale angeschlossenen Parteien bestehenden Gegensätze. Der Parteitag bedauert die in Hamburg erfolgte Liquidierung der auf Grund der Beschlüsse der Parteitage von Karlsbad und Leipzig von unserer Partei mitgegründeten Wiener Arbeitergemeinschaft, die die Gründung vieler Tausende unter der Spaltung der internationalen Arbeiterbewegung leidender Arbeiter gewesen ist. Der Parteitag hofft, daß die Leitung unserer Partei bestrebt sein wird, die von der Wiener Arbeitergemeinschaft propagierten Grundzüge innerhalb der neuen Internationale energisch zu vertreten und das Ziel der Wiener Arbeitergemeinschaft, die Zusammenfassung des gesamten klassenbewußten Proletariats, niemals aus den Augen zu verlieren.

Nr. 21, Antrag der Lokalorganisation Böhm.-Krumau zu Punkt 3 der Tagesordnung „Die parlamentarische Tätigkeit und unsere politischen Aufgaben“.

Die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse der letzten zwei Jahre haben unsere Partei in diesem Zeitraume eine mehr zuwartende Haltung ausgenötigt. Die Geschehnisse der letzten Wochen und Monate lassen jedoch erkennen, daß wie im größten Nachbarsstaate der Tschechoslowakischen Republik, so auch in diesem Staate ein Generalantritt auf die durch die Revolution erworbenen Rechte der Arbeiterschaft bevorsteht. In einem solchen Zeitpunkt ist jede proletarische Partei zur Aktivsten Politik gezwungen, wenn sie nicht will, daß die ihr anvertrauten proletarischen Interessen die fürchterlichsten Schädigungen erleiden. Daher fordert der Parteitag die zentralen Leitungen und Körperschaften unserer Partei auf, jede Aktion der auf dem Klassenstandpunkte stehenden Parteien zu unterstützen, die imstande ist, eine Stärkung der proletarischen Position zu erzielen und eine kräftige Abwehr der vom Kapital gegen sie unternommenen Angriffe zu sichern. Vor allem aber wird der Parteivorstand aufgefordert bei jeder sich darbietenden Gelegenheit eine Zusammenfassung sämtlicher proletarischen Kräfte dieses Staates herbeizuführen und eine wahre allgemeine proletarische Einheitsfront herzustellen. Es ist die dringende Unternehmung von vorrangiger Bedeutung, die Arbeitergemeinschaft abzuschließen. Die Parteipresse ist dem Parteivorstande anzuweisen, sich jeglicher unfruchtbarer Polemik mit den anderen proletarischen Organen nach Möglichkeit zu enthalten und eine aktivistische Politik unserer Partei mit allen Kräften zu unterstützen.

Nr. 22, Antrag der Lokalorganisation Böhm.-Krumau zu Punkt 3 der Tagesordnung „Die parlamentarische Tätigkeit und unsere politischen Aufgaben“.

Der Parteitag fordert den Klub unserer Abgeordneten und Senatoren auf, jene Aktion der verschiedenen Beamtenorganisationen zu unterstützen, welche auf die gesetzliche Festlegung der Identität der Gehalts- und Klassenklassen der staatlichen Angestellten abzielt. Ebenso möge sich der Klub energisch für die rasche Gesetzgebung der obligatorischen Krankenversicherung der öffentlichen Angestellten einsetzen.

Nr. 23, Antrag der Bezirksorganisation Eger zu Punkt 2 der Tagesordnung „Berichte“.

Der Parteivorstand wird beauftragt, nach Durchführung der finanziellen Reorganisation des Zentralorgans „Sozialdemokrat“ und der organisatorischen Änderungen innerhalb der Parteipresse, eine auf entsprechend hoher Stufe gehaltene Unterhaltungsbeilage herauszugeben, welche der Sonnummern des Zentralorgans und den letzten Wochennummern der übrigen Parteiblätter beizuschließen ist.

Nr. 24, Antrag des Genossen Dr. Strauß, Prag, zu Punkt 5 der Tagesordnung „Klassenkampf und Massenschulung“.

Kampf gegen den Hunger!

Berlin, 10. Dezember. Die internationale Arbeiterhilfe hielt gestern in Berlin ihren ersten Kongress ab. Vertreter von vierzehn Nationen waren anwesend. Besonderen Eindruck machte die Mitteilung, daß tausende französische Arbeiter, ehemalige Kriegsgefangene, sich erboten hätten, deutsche Kinder bei sich aufzunehmen, daß aber die französische Regierung die Erlaubnis zur Einreise nicht erteilt habe. Erschütternde Schilderungen wurden von einzelnen Rednern gegeben, von der Not der Frauen und Kinder, der Intellektuellen, der Kriegsbeschädigten, der Arbeiterinvaliden und des Mittelstandes. Der Kongress endete mit der einstimmigen Annahme eines Manifestes, das zum Kampfe gegen den Hunger in Deutschland aufruft.

Auch in Köln fand gestern eine Tagung statt die sich insbesondere mit der Not im Rheinlande und in Westfalen befahte. Genossin Jucharz

die Vorsitzende des Hauptausschusses für Arbeiterwohlfahrt, wies darauf hin, daß in einzelnen Städten sechzig bis neunzig Prozent der Arbeiterbevölkerung schon seit Wochen arbeitslos seien; Hunderttausende von Kindern gehen infolge von Krankheit einem frühen Sterben entgegen. Der Kölner Stadtkommissar Dr. Braunsberg berichtete, daß die Zahl der Tuberkuloseerkrankungen verhängnisvoll zugenommen habe. Bei der Schuljugend nehme die Denervation und die Unterernährung rapid zu. Kundfragen in Kölner Schulen haben ergeben, daß ein Drittel aller Kinder seit Monaten kein Fleisch mehr gegessen hat. Auch die Wohnungsverhältnisse haben sich verschlechtert. In Duisburg werden 53 Prozent der Bevölkerung aus öffentlichen Mitteln unterstützt, in Mainz sind es 40, in Düsseldorf und Dortmund 72, in Arefels 70 Prozent.

Tages-Neuigkeiten.

Anti-Kriegs-Tag 1924.

Die vom Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes für das Jahr 1924 beschlossene große Kundgebung gegen Krieg und Kriegsrüstungen findet in allen Ländern am dritten Sonntag im September, also am 21. September, statt.

Schwerer Unfall eines Schnellzuges.

17 Tote, 25 Verletzte.

Paris, 10. Dezember. (Havas.) Die „Le Journal“ aus New York meldet, ist der New Yorker-Chicagoer Schnellzug mit einem über die Straße fahrenden Automobil zusammengestoßen. Hierbei ist der Schnellzug entgleist. 17 Personen sind getötet, 25 verletzt worden.

Alois Rohrauer. Aus Wien kommt die Nachricht, daß einer der Senioren der österreichischen Arbeiterbewegung nicht mehr ist: Alois Rohrauer, der wädrere alte Kämpfer, der trotz seiner 72 Jahre, trotz seines wallenden weißen Bartes bis zu seinem letzten Atemzuge mutiger, kühner, zuverlässiger und tatkräftiger als mancher unserer Jungen war. Alois Rohrauer ist mit unserem Genossen Dr. Karl Renner der Begründer des Arbeiterjournalistenvereines „Die Naturfreunde“. Von seinen Wanderschaften holte er sich die Lebenskraft, mit der er an dem proletarischen Kulturwerk unserer Naturfreunde unermüdlich baute. Heute hat dieser Verein 180.000 Mitglieder, steht die Naturfreundebewegung im kulturellen Befreiungskampf des Proletariats an hervorragender Stelle. Trauern die proletarischen Naturfreunde vieler Länder Europas um diesen Menschen, der einst als junger Sensenknäuer aus dem Steyringtal in Oberösterreich seinen Weg in die Welt antrat und siebzehnjährig noch die Gletscherregionen der hohen Tauern durchwanderte, so wird es aus dieser Trauer heraus die Kraft und den Glauben mit ins eigene Leben nehmen, die diesen Menschen besetzte.

Eröffnung der ersten tschechoslowakischen Küche der Internationalen Arbeiterhilfe in Berlin. Donnerstag, den 6. d. M., wurde in Berlin in der Dankelmanstraße Nr. 47 die erste tschechoslowakische Küche der internationalen Arbeiterhilfe eröffnet. Es ist dies eine von den mit ungewöhnlicher Schnelligkeit durch die erwähnte Organisation in Berlin errichteten 38 Küchen, in welchen täglich etwa 10.000 Arbeitslose und Unbemittelte umsonst ein Mittagmahl erhalten. Diese Küche wurde deshalb als tschechoslowakische bezeichnet, da sie von der tschechoslowakischen Abteilung der Internationalen Arbeiterhilfe in Prag errichtet wurde und erhalten wird. Eine zweite tschechoslowakische Küche wird in der Berliner Vorstadt Neukölln eröffnet werden, wo eine Reihe tschechoslowakischer Staatsangehöriger, insbesondere Arbeiter, Not leiden.

Strafverfolgung kommunistischer Abgeordneter in Deutschland. Der Geschäftsbundesausschuss des Reichstages hat dem Antrag des Oberreichsanwaltes auf Strafverfolgung der Abgeordneten Fröhlich, Könen, Kemel, Stöcker und Frau Zetkin bei Aufhebung der Immunität stattgegeben. Ebenso entschied sich der Ausschuss betreffs des Abgeordneten Hoffmann-Kaiferslautern.

Die Sühne des Ueberfalls auf den Deutsch-amerikaner Bergdoll in Mannheim. Freitag wurde in Mannheim im Prozeß wegen des Ueberfalls auf den Deutsch-amerikaner Bergdoll das Urteil verkündet. Der Angeklagte Sperber wurde wegen schwerer Körperverletzung und einer Reihe weiterer Vergehen zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Griffith wegen Anstiftung hierzu zu einem Jahr neun Monaten Gefängnis und zwei Billionen Mark Geldstrafe, Gagarin wegen Beihilfe zu acht Monaten Gefängnis, Helson zur drei Monaten Gefängnis und zwei Billionen Mark Geldstrafe. Die Untersuchungshaft wurde bei sämtlichen Angeklagten voll angedreht.

Großstadtsumpf. Wie die Berliner Morgenblätter berichten, veranfaltete die Kriminalpolizei in der Nacht auf Sonntag an verschiedenen Stellen in Groß-Berlin eine Razzia, um einem sehr peinlichen Uebelstand zu Leibe zu gehen. Seit

einiger Zeit treiben sich nachts besonders bei den Bahnhöfen junge Burschen in Mädchenkleidern herum, über deren widerwärtiges Treiben beim Polizeipräsidium viele Klagen eingingen. Nicht weniger als 32 dieser Transvestiten wurden bei der Streife festgenommen, von denen mehrere als schon längst gesuchte Verbrecher erkannt wurden.

Änderung der Ausziehfrieten. Das Innenministerium trägt sich mit dem Gedanken, entgegen der bisherigen Norm, die Ausziehfrieten und Zinsquartale für Wohnungen abzuändern und sie für den 1. Jänner, 1. April, 1. Juli und 1. Oktober festzusetzen. Als Gründe, die für diese Neuerung sprechen, gibt die „Tribuna“ an: Erleichterung für die Finanzverwaltung bei der Steuerbemessung und Verrechnung, sowie Erleichterungen für das Publikum. Außerdem wird den Hausherren die Steuereinkommnisse erleichtert. Die Verordnung dürfte in den nächsten Tagen herausgegeben werden, die gleichzeitig bestimmen wird, mit welchem Tage die Neuregelung der Kündigung- und Ausziehfrieten in Kraft tritt. In Orten, wo der Zins vierteljährig nach den Kündigungsfrieten gezahlt wird, werden damit auch die Zinsstermine abgeändert.

Gemeindevahlen in Bern. Die Schweiz. Dep. Ag. meldet: Bei den am Sonntag stattgefundenen Gemeindevahlen in den Gemeinderat der Stadt Bern wurden die bisherigen Gemeinderatsmitglieder, u. zw. vier Bürgerliche und drei Sozialdemokraten, gewählt.

Todesstrafe für Agitation. In einer Sonntag in Warschau abgehaltenen Versammlung der Vereinigung der ehemaligen polnischen Geiseln aus Russland wurde eine Resolution gefaßt, in welcher die Regierung aufgefordert wird, dem Zejm einen Gesetzentwurf vorzulegen, demzufolge kommunistische Agitation mit der Todesstrafe geahndet werden soll.

Mordende Royalisten in Athen. Eine Havasmeldung aus Athen besagt: Die Royalisten haben nach Beendigung einer von der Regierung bewilligten Volksversammlung lärmende Kundgebungen veranstaltet. Es wurden einigemal Revolverkugeln gegen Republikaner abgegeben. Zwei Personen wurden hierbei getötet und etwa 20 verletzt. Militär zerstreute sodann die Menge.

Kommunistenverhaftungen in Sofia. Aus Sofia wird vom 9. Dezember gemeldet: Die Polizei hat in den letzten Tagen über 50 russische bolschewistische Agitatoren verhaftet, welche aus dem Lande vertrieben werden.

Die Märe Daudet. Havas meldet: Der mit der Affäre Philipp Daudet betraute Polizeikommissar hat festgestellt, daß Philipp Daudet zwei Tage vor seinem Selbstmord bei einem Anarchisten aus den Kreisen des Leber Terre übernachtet hat. Der Kommissar hat dort auch den Koffer Ph. Daudets vorgefunden, mit welchem er in Le Havre gesehen worden war.

Die Revolution in Mexiko. Reuter meldet aus Mexiko: Präsident Obregon hat den General Plutarco Valle, der im Hinblick auf die Revolution von der Kandidatur auf den Präsidentschaftsposten zurückgetreten ist, an die Spitze der Bundesstruppen gestellt. 28.000 Mann Bundesstruppen marschieren auf Veracruz. Präsident Obregon hat ein Manifest veröffentlicht, worin er den Aufstand als eine Verschwörung gegen das Volk bezeichnet. — Wie „New York Herald“ aus Washington berichtet, hat sich General Sanchez an der Spitze von 400 Rebellen nach Tampico begeben, in der Absicht, sich der Petroleumquellen in der Umgebung dieser Stadt zu bemächtigen. Vier Abteilungen der Regierungstruppen versuchen, sich den Rebellen entgegenzustellen. — Havas berichtet aus New York: Berichten aus Veracruz zufolge hätten sich die revolutionären Truppen der Stadt Jalapa bemächtigt. — Die Aufständischen haben die Eisenbahnstrecke zwischen Mexiko und Juarez mittels Dynamit in die Luft gesprengt.

Ueberstimmung bei Rom. Havas meldet aus Rom: Das Wasser des Tiber stieg derart, daß es einige anliegende Dörfer überschwemmte. Es gingen mehrere Personen und zahlreiches Vieh zugrunde.

Schweden — Amerika auf radiotelephonischem Wege. Nach einer Stockholm-er Meldung wurde vor kurzem in Göteborg der radiotelephonische Versuch einer Verbindung mit Amerika unternommen welcher mit einem Erfolge endete. Die aus Amerika übertragene Musik war deutlich zu hören.

Die Altabede als Kleiderstoff. Aus Berlin wird gemeldet: Die Berliner Kriminalpolizei ist durch Zufall auf die Spur einer seit langem gesuchten Kirchen- und Museumsräuberbande gekommen. Einem Kriminalbeamten fiel auf der Straße eine Frau in einem purpurnen Kleide auf, das offenbar aus einer Altabede hergestellt war. Sie wurde verhaftet und eine Hausdurchsuchung förderte einen Teil der Beute zutage, die die Verhaftete und ihr Bräutigam als Aussteuer für die nahe Hochzeit zurückgelegt hatten. Drei weitere Mitglieder der Bande konnten ebenfalls verhaftet werden. Sie hatten ihre Beute aus Kirchen und Museen meist in Kleidungsstücke umgearbeitet und verkauft.

Ein Denkmal für Opfer der Autoraserei. In der Stadt St. Louis in den Vereinigten Staaten ist kürzlich ein Denkmal enthüllt worden das der Erinnerung an 332 Kinder gewidmet ist. Diese Kinder sind in der letzten Zeit Opfer der Autoraserei in den Straßen der Stadt geworden. Die Aufschrift auf dem Monument lautet: „Zur Erinnerung an junge Menschenleben, die auf dem Altar der Hast und menschlicher Nachlässigkeit geopfert wurden.“

Ymatongreß in Preßburg. Am 8. und 9. ds. fand in Preßburg der dritte Kongreß der Ymka in der Tschechoslowakei statt. An dem Kongreß nahmen Vertreter aller inländischen Organisationen, Vertreter ausländischer Organisationen und Delegierte verschiedener kultureller Organisationen teil.

Ein verbotener Film. Der im Prager „American-Bio“ zur Aufführung gelangte amerikanische Kriegspropaganda-Film „Das Adlerauge“ wurde über Einschreiben der deutschen Regierung wegen seines deutschfeindlichen Inhaltes verboten.

Schweres Grubenunglück. Am Masaryk-Jubiläum-Schacht nächst Koth-Kujez wurde die Decke eines Stollens abgeschossen, wobei sich die bei dieser Arbeit beschäftigten Leute vorchriftsmäßig hinter eine Barricade stellten. Die Gewalt des Sprengschusses war aber so heftig, daß das abgeschossene Gestein die Barricade durchschlug und die dahinter stehenden Bergleute traf. Der Schiefmacher Wenzel Tonda aus Mürschau wurde durch einen Stein sofort getötet, der Arbeiter Kafil aus Lihnschwer und ein zweiter Arbeiter leichter verletzt. Der schwerverletzte Kafil wurde in das Pilsner Krankenhaus überführt.

Schrecklicher Tod eines Eisenbahners. Der Manipulant der Staatsbahnen Josef Zinderhof in Pilsen übernahm einen nach Furth i. W. bestimmten Lastzug. Er stand dabei so nahe an einem Nebengeleise, daß er, da er das Herannahen eines Zuges überhörte, von einer Lokomotive erfasst und überfahren wurde. Zinderhof, dem beide Beine abgefahren wurden, wurde erst eine Stunde später, bereits verblutet, aufgefunden. Der tödlich Verunglückte hinterläßt fünf unversorgte Kinder, von denen das älteste erst 12 Jahre alt ist.

Wetterüberblick vom 10. Dezember. Die mäßige Erwärmung hat sich während des Sonntages auch über die Slowakei ausgebreitet. In Prag entsprach die Mitteltemperatur dem Normalwerte. Die bisher eingetrossenen Wetterberichte aus der Republik melden nur unbedeutende Niederschläge infolge Nebelreifens. Wahrscheinliches Wetter von heute: Andauern des herrschenden Witterungscharakters.

Brager Chronik.

Vom Schachfeld der Arbeit. Auf der Korymben sei vor heute um halb 8 Uhr abends der 26jährige Auslieferungsbefehl Friedrich Brant aus Wandersäid bei Kofikan beim Verschieben eines Lastzuges beschäftigt. Dabei glitt er so unglücklich aus, daß er mit dem linken Fuß unter die Räder des Zuges geriet. Der Fuß wurde ihm zermalmt und Branko starb noch vor Eintreffen der Rettungsgesellschaft. Der Polizeiarzt ordnete die gerichtliche Obduktion der Leiche an.

Kleine Chronik.

Die Erschaffung der Frau. In einer hübschen Form erzählt eine indische Legende wie die Frau erschaffen wurde. Der Gott Iwaschri (der etwa dem Vulkan der Römer entspricht) war soeben mit der Arbeit der Welterschöpfung fertig geworden. Als er nun jedoch die Frau ins Leben rufen wollte, bemerkte er, daß er bei der Erschaffung des Mannes schon sein ganzes Schöpfungsmaterial verbraucht hatte. Er dachte nach, und bald hatte er gefunden, was er suchte. Er nahm die runden Formen des Vollmonds, die Windungen der Schlange, die Geschmeidigkeit der Schlingpflanzen, das Zittern des Laubes und die Weigsamkeit der jungen Zweige, die Samtweichheit der Blumen, die Leichtigkeit der Feder, die stehenden Augen des Rehjes, das heltere Wächeln des Scaerensstrahls, die Tränen der Wolken, die Grillen des Windes, die Furchtsamkeit des Hasen, die Eitelkeit des Pfauens, die Härte des Diamanten, die Grausamkeit des Tigers, die Rüste des Schnees, die Schwachheit des Papageis und das Gurren der Taube. Alle diese Eigenschaften mischte Iwaschri durcheinander und schuf daraus das herrlichste Wesen — das Weib.

Erforschung des Kamtschatka-Halbinsels. In Bawiwofol ist die von Professor Forewoj geleitete russische Kamtschatka-Expedition nach langer Abwesenheit wieder eingetroffen. Wie der Ost-Express meldet, hat die Expedition mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt. Das rauhe Klima und die Beschaffenheit des Landes machten ein nur langsames Reisen möglich; die Vorräte gingen aus und konnten durch Jagd und Fischfang nur mühsam ersetzt werden. Es wurde ein großer, auf keiner Karte verzeichneter Fluß entdeckt, ferner zwei Vulkane, die starke Rauchwolken ausstießen. Flora und Fauna wurden genau studiert, die Urwälder der Halbinsel sind reich an Tieren, auch Raubtieren, die den Forschern endlich zu schaffen machten.

Der Parteitag möge beschließen.
Der Parteitag fordert alle Lokal-, Bezirks- und Kreisorganisationen, sowie den Parteivorstand, auf, alle Zeugnisse der Vergangenheit der Arbeiterbewegung in Böhmen, Mähren und Schlesien zu sammeln. Mit dieser Aufgabe sind die lokalen Bildungsreferenten, sowie die Bezirks-, Kreis- und Bildungsausschüsse zu betrauen.

Begründung: Die Arbeiterbewegung in Böhmen, Mähren und Schlesien blickt nunmehr auf eine jahrzehntelange Geschichte zurück. Die Kenntnis dieser Geschichte ist insbesondere für die jüngeren Parteigenossen notwendig und nützlich, denn das Eindringen in das Wesen der politischen, taktischen und organisatorischen Probleme des proletarischen Befreiungskampfes erfordert eine Kenntnis des Entstehens und Werdens der Arbeiterbewegung.

Nr. 25. Antrag der Lokalorganisation Steinschönau zu Punkt 7 der Tagesordnung „Allgemeine Anträge“.
Ob die Partei für oder gegen den Impfwang ist, hat eine Urabstimmung unter den Mitgliedern stattzufinden.

Nr. 26. Antrag der Bezirksorganisation Sternberg zu Punkt 7 der Tagesordnung „Allgemeine Anträge“.
Die Landesorganisation in Mähren, Sitz Brünn, wird mit 1. Jänner 1924 aufgelassen. (Begründung erfolgt mündlich durch die Delegierten.)

Nr. 27. Antrag der Bezirksorganisation Pelschau zu Punkt 2 der Tagesordnung „Berichte“.
Zur wirkungsvollen Agitation auf dem Lande ist ehestens ein Wochen- oder Halbwochenblatt herauszugeben.

Nr. 28. Antrag des Frauenreichskomitees zu Punkt 2 der Tagesordnung „Berichte“.
Der Parteitag wolle beschließen:
Die Kreisorganisationen werden beauftragt, nach Möglichkeit zu den Kreisconferenzen auch Frauen als Referentinnen zu bestellen.

Handbemerkungen.

Von Karl Ludwig Schleich, dem unlängst verstorbenen Arzt und Schriftsteller, erscheint nächstens ein Nachlass-Band. Aus dem Tagebuch kleiner Bosheiten bringen wir einige Proben:

Ich nur, wenn du wirklich hungrig bist, und selten aus Vergnügen.

Bestrebe dich, beim Mahle weniger zu essen, als die andern. Fast alle Menschen essen mehr, als sie brauchen.

Nimm ab und zu Genussmittel, aber laß dich nicht von ihnen beherrschen. Wer sich gegen den Alkohol wehren muß, ist ihm auch verfallen. Wer durch Abstinenz nörglich und hilflos wird, ist ein Säuser. Für solche ist der Alkohol das tödlichste Gift.

Zauberkeit sei eine Sittlichkeit. Keine Hände sind schreckhaft, schmutzige sollten uns zittern machen. Unsauberkeit ist die Visitenkarte der Gefahr.

Unreine Luft sollte man wie ein moralisches Unrecht, das einem angetan wird, empfinden. Ventilierte Räume haben etwas Heiliges.

Denke wenn du dich wäschst, daß du einen Feind eines Kindes erwürgst.

Sauberkeit ist das einzige, was der Mensch tun kann, um Göttern ähnlich zu werden.

Betrachte den Traum wie das Gebet deiner dir selbst entflohenen Seele. Der Schlaf sei das tägliche Brot deiner Seele.

Denke, daß die ganze Natur sich zur Ruhe streckt, wenn die Sonne verfinstert. Warum will der Mensch allein wachen?

Die Stunden, die du vor Mitternacht schläfst, zählen doppelt.

Die gewaltigste Frage ist nicht die, ob wir überhaupt sterben, sondern die, ob wir überhaupt leben? Diese allerdings kann nur jemand aufwerfen, der in allem Erzhymnen eine ungeheure Kaschade von Lebenserzählungen zu sehen gerät, d. h. das Sichtbare für unwirklich und das eigentlich Wirkliche für unerkennbar zu halten.

Fast du in einer glücklichen Stunde eine gute Tat getan, so mache und lasse nicht viel Aufhebens davon machen, es könnte der Teufel in dir, oft gereizt und zum Widerspruch gereizt, dir schließlich noch klarmachen, daß die böse Tat das Bessere gewesen wäre. Darum: vergiß deine guten Werke, aber über deine Sünden denke nach!

Es ist schwer, mit Menschen zu leben, die bei einer zufälligen Heiterkeit, die sie befallt, sogleich alles heiter, bei einem zufälligen Unmut, der sie ergreift, sogleich alles unmutig ansehen.

Unmöglich ist es, mit Menschen zu leben, die nur aus von beiden Können, entweder zerflören oder aufbauen.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Lohnverhandlungen für die Forstwirtschaft in Böhmen.

Freitag, den 7. Dezember tagte das Subcomitee des Beirates für landwirtschaftliche Arbeiterfragen, um über die Lohnregelung zu verhandeln. Die Unternehmervertreter erklärten, daß sie Richtlinien für das ganze Land nicht abzuschließen in der Lage sind. Die Verhältnisse haben ihnen gezeigt, daß dies nicht praktisch sei, weil die Verhältnisse in den einzelnen Gebieten sehr verschieden sind. Den Abschluß von Verträgen lehnten sie nicht ab, sondern forderten, daß für die einzelnen Gebiete Richtlinien ausgearbeitet werden, die als Grundlagen bei den individuellen Abschlüssen gelten sollen. Demgegenüber vertraten die Arbeitervertreter die Ansicht, daß es möglich sei, Richtlinien auszuarbeiten. Die 1921 vereinbarte Richtlinien galten ja ebenfalls nur als Grundlage und konnten die vertragschließenden Parteien immer noch den Bedürfnissen ihrer Gebiete beim Abschluß der Einzelverträge Rechnung tragen. Wenn schon für die einzelnen Gebiete Richtlinien vereinbart werden sollten, verlangten die Arbeiter, daß zumindest eine Empfehlung beschlossen werde, die besagt, daß die derzeitigen Lohn- und Deputatverhältnisse auch für 1924 aufrecht bleiben mögen. Eine solche Empfehlung lehnten die Unternehmer ab. Sie sind der Ansicht, daß von den Forstverwaltungen diese Löhne nicht getragen werden können, da der Holzpreis zu niedrig sei und das Geschäft fast überhaupt stoppt. Man ersieht schon, wohin die Unternehmer wollen. Sie möchten sanieren durch Lohnabbau. Nun sind die Löhne der Forstarbeiter schon so abgebaut, daß eine neuerliche Lohnkürzung nicht zu erwarten ist. Die Forstarbeiter müssen nun die Organisation festigen, um allen Anstürmen der Unternehmer Widerstand leisten zu können. Es wird zwar in den einzelnen Gebieten zu Verhandlungen kommen, aber wie sie ausgehen werden, ist noch unbestimmt. Es ist ein Beschluß gefaßt worden, der dies beinhaltet. Er wird vom Landwirtschaftsministerium durch die Presse veröffentlicht werden.

Deutschnationaler Willkürregime in der Karlsbader Bezirkskrankenkasse.

Auf der Bezirksvereinskonferenz des Karlsbader Bezirkes wurden die vor drei Jahren in den Vorstand der Karlsbader Bezirkskrankenkasse kooperierten Arbeitervertreter beauftragt, ihre Funktionen in diesem Institute niederzulegen. Die Karlsbader Bezirkskrankenkasse ist bekanntlich seit dem Jahre 1911 in dem Besitze der Deutschnationalen. Durch allerlei Wohlthun ist es den Arbeiterfeinden damals gelungen, sich in den Besitz der Kasse zu setzen. Wohl gibt es zwei Gesetze (vom 15. Mai 1919 und 21. Dezember 1920), wodurch neue Vorschriften für die Wahlen in die Krankenkassen erlassen wurden, aber die Durchführungsvorschriften zu diesen Gesetzen sind noch nicht erschienen und so konnten die Wahlen auch in die Karlsbader Bezirkskrankenkasse bisher nicht stattfinden. Die Deutschnationalen haben sich zwar nach dem Umsturz dazu bequemt, der klassenbewußten Arbeiterschaft drei Sitze im Vorstand und zwei Sitze im Überwachungsausschusse einzuräumen, aber trotzdem herrschte in der Kasse die Willkür der deutschnationalen Majorität. Erst seitdem der deutschnationale Massenverband sich einen Neuwahl leistet, konnte die Vorlage eines — des bisher einzigen — Massenberichtes erlangt werden. Diesem Berichte verweigerten unsere Genossen ihre Zustimmung und ihr Verlangen, die Massenerhebung durch einen Sachverständigen überprüfen zu

Deutschnationaler Numerus clausus Antrag mit schwindelhaften Unterschriften!

Nicht gelesen und doch unterschrieben. — Erst unterschrieben, dann gestrichen. — Nicht unterschrieben und doch genannt.

Der ungarische Abg. Vellek, der den Numerus clausus Antrag des Abg. Schöllich unterschrieben hat, gibt dazu im Sonntagsblatt des Preshburger „Hirado“ eine Erklärung in der er u. a. sagt, daß die ungarische Christlichsoziale Partei zu dem Antrag keine Stellung genommen habe und dies erst tun würde, wenn ein solcher Antrag geschäftsordnungsmäßig ins Haus käme. Seine Unterschrift betrachte er als rein technische Angelegenheit und nicht als Identifizierung mit dem Inhalt des Antrages. Als ihm der Antrag zur Unterschrift vorgelegt worden sei, habe er dem Abg. Dr. Lodgman gegenüber erklärt, daß seine Unterschrift nicht die meritorische Gutheißung des Antrages bedeute, und er berufe sich desbezüglich auf die Geschäftsordnung des Abg. Dr. Lodgman.

Das Prager Organ der ungarischen Parlamentarier „Pragai Magyar Hirlap“ berichtet: Den Antrag haben die ungarischen Abgeordneten Vellek, Palkovics und Körmeny-Giles unterschrieben, der letztere, ohne ihn gelesen zu haben. Als Abg. Körmeny-Giles von dem Inhalt des Antrages Kenntnis erhielt, ließ er seine Unterschrift in der Parlamentskanzlei streichen. Die Namen der Abgeordneten Jablonick und Füszyi hat der Sekretär des Klubs der ungarischen Christlichsozialen und der Kleinen Landwirte-

Partei bona fide auf Grund einer Vollmacht auf den Antrag gesetzt, da er von diesen beiden Abgeordneten beauftragt war. Anträge der deutschbürgerlichen Parteien im Falle ihrer Abwesenheit für sie zu unterschreiben. Als Abg. Füszyi von der Zurückziehung der Unterschrift des Abg. Körmeny erfuhr, ließ er auch seine Unterschrift streichen. Der seit Monaten kranke Abg. Szent-Jvanyi, der zur Zeit der Einreichung des Antrages nicht in Prag weilte und dessen Inhalt nicht kannte, hat den Antrag nicht gefertigt. Der „Pragai Magyar Hirlap“ erklärt, es habe noch nicht festgestellt werden können, auf welche Weise der Name des Abg. Szent-Jvanyi auf den Antrag gelangte, jedenfalls sei es sicher, daß es ohne Zustimmung des Abg. Szent-Jvanyi geschah.

Abg. Szent-Jvanyi erklärt hierzu persönlich im „Pragai Magyar Hirlap“:

„Ich habe mit der größten Enttäuschung in den Zeitungen gelesen, daß auch mein Name auf dem Antrag des Abg. Schöllich stehe. Ich erkläre, daß der Antrag meiner Ueberzeugung widerspricht, daß ich von seinem Inhalt keine Kenntnis hatte und daß ich ihn nicht unterschrieben habe.“

lassen, wurde von der deutschnationalen Mehrheit abgelehnt. Für zwei Jahre fehlt die Vorlage des Jahresabschlusses bis heute überhaupt. Ueber die Beamten der Kasse herrschen die größten Beschwerden, wiederholt mußte auf Drängen unserer Genossen eine Auswechslung der Schalterbeamten vorgenommen werden. Auch über die defizitäre Behandlung wird viel Klage geführt.

Nun wurde in der letzten Zeit wieder eine Ergänzung des Vorstandes und des Aufsichtsrates notwendig. Es waren zwei Mitglieder in den Vorstand und ein Mitglied in den Überwachungsausschusse zu kooperieren. Unsere Genossen erhoben Anspruch auf die beiden Vorstandsmandate, wozu sie als Vertreter der überwältigenden Mehrheit der Arbeiterschaft des Bezirkes das unzweifelbare Recht haben. Da aber die Deutschnationalen nur ein Mandat unseren Genossen überließen und das andere mit einem Deutschnationalen besetzten, sagte, wie schon gesagt, die Bezirksvereinskonferenz den Beschluß, ihre Vertreter aus dem Vorstande der Krankenkasse abzuberufen. Auch die Kreisvertretung Karlsbader deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei hat sich mit dieser Angelegenheit beschäftigt und beschlossen, keinen Schritt unversucht zu lassen, um das bedrohte Recht der großen Mehrheit der Krankenkassenglieder zu wahren. Sie wird über den Erfolg ihrer Interventionen berichten. Bis dahin haben die Vertreter der Partei und Gewerkschaft ihre Funktionen weiter auszuüben.

Eine amtliche Erläuterung zur neuerlichen Herabsetzung der Kohlenpreise. Wir erhalten durch das Reichs- und zürichs eine Mitteilung, in der es u. a. heißt: Das Arbeitsministerium hat mit dem 5. Dezember die Kohlenpreise neuerlich abgeändert. Nach der Regelung am 10. Oktober habe sich gezeigt, daß der Nachschub der Bergbauunternehmungen nicht so viel be-

trug, als auf sie nach den Voraussetzungen, unter denen nach Streikbeendigung die Arbeitslöhne und die Kohlenabgabe herabgesetzt wurden, entfiel. Namentlich habe es sich gezeigt, daß die Unternehmer schon vor dem Streik um niedrigere Preise verhandelt hätten, als für die Höchstpreise bei der vorliegenden Revellierung vom 1. November 1922 anzuwenden. Einzelne Unternehmer konnten zu gleichen oder zu höheren Preisen als vor dem Streik, verkaufen, was auch durch die gegenwärtige Konjunktur ermöglicht wurde. So seien mitunter die Opfer, die der Staat durch Ermäßigung der Kohlenabgabe und der Arbeiter durch Lohnabgabe gebracht habe, vergeblich gewesen. Bei der Neuregelung wurden zur Grundlage die nach den Ausweisen der Finanzbehörden über die Kohlenabgabe berechneten Durchschnittspreise genommen, zu denen die Unternehmer die Kohle ab Grube vom Ränner bis Juli 1923 fakturierten. Von diesen Preisen kam der auf die Lohnherabsetzung entfallende Betrag und ein gleicher Betrag auf Rechnung des Unternehmers in Abzug. Der so erreichte Preis bildet den neuen Höchstpreis der Kohle ab Grube, der im Inlande nicht überschritten werden darf. Bei einzelnen Gruben fand mit Berücksichtigung besonderer Verhältnisse ein Ausgleich der Preise statt. Für die noch nicht bekannt gegebenen Gruben und Qualitäten werden die Kreisämter die Höchstpreise festsetzen. Obgleich die Beträge, um die der Anteil des Unternehmers an den Kohlenpreisen ermäßigt wird, nur eine geringfügige Einschränkung gegenüber dem tatsächlichen Verkaufspreis der Kohle erfährt, ist die Differenz zwischen den Preisen vom 1. November 1922 und der letzten Regulierung erkennlich. Auf diese Weise wird jedem Kohlenlieferer der Vorteil der Ermäßigungen zugänglich gemacht. Doch die Unternehmungen bei einer Erhöhung der Produktion auch weiterhin Rabatte be-

willigen, ist dadurch keineswegs ausgeschlossen. Bei Braunkohle, ferner bei Saldnoer Steinkohle und Westböhmischer Steinkohle sind Regulierungen vorgenommen worden, bei Ostrauer Kohle wurde nichts geändert, weil in Ostrau die Unternehmungen ebensolche Ermäßigungen vorgenommen haben wie die Arbeiter. Die Ermäßigung kommt allerdings mehr bei den Kohlepreisen zum Ausdruck. Es sei zu erwarten, schließt die amtliche Mitteilung, daß die anderen Industriezweige in ihren Produkten die Kohlenpreisermäßigung demnächst sichtlich zum Ausdruck bringen werden.

Die Arbeitslosigkeit im November. Das Ministerium für soziale Fürsorge teilt mit, daß im November 50.400 Arbeitslose und 45.350 Familienangehörige direkt, 23.100 Arbeitslose und 14.200 Familienangehörige durch die Unternehmungen, insgesamt also 133.150 Personen, unterstützt worden sind. Gegen den vorhergehenden Monat bedeutet dies einen geringen Rückgang in der Zahl der Unterstützten.

Bergbauabsehungsgericht. Das Arbeitsministerium hat eine Gesetzesnovelle über Bergbauabsehungsgerichte ausgearbeitet, die dem Ministerreze und dann dem Abgeordnetenhaus vorgelegt werden wird. Weiter bereitet es eine Reorganisation des Beirates der Bergbaufragen vor. Das neue Statut dieses Beratungsförpers ist bereits ausgearbeitet.

Der Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband hat Pech. Dem Beispiele seines großen Führers Ulrich aus Ruffig folgend, stellte der kleine Führer Peter aus Troppau in Freudenthal am 31. Oktober 1923 in öffentlicher Angestelltenversammlung die Behauptung auf, daß außer den bereits genannten Abg. Lodgman und Jung, auch im Besonderen der christlichsozialer Abgeordnete Schäpfler mit der Ueberführung der deutschen Angestellten in die tschechische Krankenkasse der Nationaldemokraten nach Prag einverstanden gewesen sei und dazu separat seine Zustimmung gegeben. Wie uns aus Freudenthal gemeldet wird, hat sich der Abg. Schäpfler dagegen verwahrt; dies bezüglich in irgend einer Form seine Zustimmung gegeben oder auch nur davon gewußt zu haben. — Da das Gebäude nunmehr bricht und der angeblich abgeschlossene Vertrag, welcher den deutschen Angestellten alle Rechte bringt, anscheinend nicht besteht oder keine Rechte für die deutschen Angestellten enthält (sonst hätte der geschäftstüchtige D. S. P. denselben schon veröffentlicht), wird nunmehr die deutsche Einheitsklasse als neue Leitlinie für leichtgläubige Angestellte, zur Aufrechterhaltung des verlorenen Glanzes präsentiert.

Ärztliche Arbeitsaufsicht. Anlässlich der Verhandlungen der fünften Internationalen Arbeitskonferenz über die allgemeinen Grundzüge der Arbeitsaufsicht veröffentlichte das Internationale Arbeitsamt einen vergleichenden Bericht über die Wirksamkeit der ärztlichen Arbeitsaufsichtsbeamten in verschiedenen Staaten. Der Bericht beruht auf Angaben, die auf Grund eines Fragebogens eingingen, der an die Regierungen jener Mitgliedsstaaten gesandt wurde, die einen ärztlichen Aufsichtsdienst eingerichtet oder die Schritte in dieser Richtung unternommen haben. Ingesamt haben 19 Staaten Angaben gemacht. Nicht amtliche Auskunft wurde auch über Rußland erlangt. Der Hauptteil des Berichtes behandelt die Organisation der ärztlichen Arbeitsaufsicht, während in einem besonderen Abschnitt eine der wichtigsten Aufgaben der ärztlichen Aufsichtsbearbeiter dargestellt wird, nämlich die Verhütung, Feststellung und Anzeige von Berufskrankheiten. In Tabellenform wird eine Uebersicht der angezeigten Berufskrankheiten gegeben. Der Bericht schließt mit Angaben über die technische Schulung der ärztlichen Aufsichts-

Vater Goriot.

Von Honoré de Balzac.

Es war Mitternacht. Frau von Nucingens Wagen wartete. Auf dem Wege in ihre Pension sprachen Vater Goriot und der Student mit wachsendem Enthusiasmus über Delphine, sich gegenseitig in ihren Ausdrücken überbietend. Eugen konnte sich nicht verhehlen, daß die Liebe des Vaters, frei von allen persönlichen Zwecken, der seinen an Umfang und Dauer überlegen war. Für den Vater war das Güterbild von mangelhafter Schöne und Reinheit; Vergangenheit und Zukunft steigerten seine Anbetung. Sie fanden Frau Vaquer allein in ihrer Osnede zwischen Sylvia und Christoph. Die alte Pensionarin sah da, wie Marquis auf den Trümmern von Karthago. Sie erwartete die beiden einzigen Pensionäre, die ihr geblieben waren und erging sich in lauten Klagen. Die ergreifenden Klagen, die Byron Tasso in den Mund legt, entbehren der erschütternden Wahrheit, mit der Frau Vaquer ihrem Schmerz Luft machte.

„Morgen früh brauchen Sie nur drei Tassen Kaffee zu machen, Sylvia. Mein Haus ist verödet; ist es nicht zum Herzzerbrechen? Was ist denn das Leben ohne meine Pensionäre? Gar nichts. Alle Männer sind aus meinem Hause fort. Damit auch alles Leben. Was habe ich denn getan, um diese Strafe des Himmels zu verdienen? Unsere Vorräte an Weinen und Kerntoffeln sind für zwanzig Menschen berechnet. Die Polizei bei mir im Hause! Wie werden nur noch Kartoffeln essen! Christoph muß ich entlassen!“

Der schlafende Sabovarde wachte plötzlich auf und fragte: „Gnädige Frau?“

„Armer Junge! Treu wie ein Hund,“ sagte Sylvia.

„Jetzt ist tote Saison. Alle Welt ist unter-

gebracht. Mieter können wir doch nicht vom Himmel runterfahren. Es ist um den Verstand zu verlieren. Und diese geheimnisvolle Michonneau, die mir noch den Poiret raubt! Was mag sie denn mit diesem alten Karren angestellt haben, daß er ihr wie ein Baumwanne folgt?“

„Ja,“ sagte Sylvia und nidte bedeutungsvoll mit dem Kopf, „diese alten Mädchen sind mit allen Wassern gewaschen.“

„Der arme Herr Baurin, den sie zum Schwerbörcher gemacht haben,“ fuhr die Witwe fort. „Ach, Sylvia, ich kann mir nicht helfen, aber noch glaube ich es nicht. Solch ein verunglückter Mann, der monatlich seinen Kaffee mit Rum für fünfzehn Franken trank und nie mit der Weite im Rückstand war!“

„Und was war er nobel!“ sagte Christoph.

„Nun, vielleicht ist alles nur ein Irrtum!“ sagte Sylvia.

„Aber nein, er hat ja alles selbst gestanden,“ fuhr Frau Vaquer fort. „Und daß alle diese Dinge bei mir passiert sind, in einem so ruhigen Viertel, wo keine lebendige Kake zu sehen ist. Auf Wort, mir ist, als wäre es ein Traum. Denn, siehst du, wir haben Ludwig XVI. auf dem Tisch fort gesehen, wir haben den Sturz des Kaisers erlebt, wir haben ihn wiederkommen und noch tiefer fallen, all das spielte sich innerhalb der gegebenen Ordnung ab. Aber eine bürgerliche Pension ist gegen all solche Unfälle gesichert; auf den König kann man verzichten, aber essen muß man und noch dazu, wenn eine ehrliche Frau so vorzügliches Essen auf den Tisch bringt, es sei denn, daß das Ende der Welt gekommen ist. . . . Aber da haben wir's, es ist das Ende der Welt.“

„Und zu denken, daß Fräulein Michonneau, die Ihnen all'dies Unrecht angetan hat, tausend Taler Rente bekommen wird, wie man hört,“ rief Sylvia.

„Sprich mir nicht von ihr, sie ist eine Spitz-

bübin!“ sagte Frau Vaquer empört. „Und überdies geht sie zur Buneand! Aber sie ist jedes Verbrechen fähig, sie hat getötet und gestohlen, und die größten Gemeinheiten begangen. An Stelle dieses armen, teuren Mannes sollte sie verurteilt werden.“

In diesem Augenblick löuteten Eugen und Vater Goriot.

„Ach, hier sind meine beiden Getreuen,“ seufzte die Witwe.

Die beiden Getreuen, die nur noch eine unklare Vorstellung der Unglücksfälle hatten, die die bürgerliche Pension betreffen hatten, meldeten ihrer Wirtin, ohne viel Federlesens zu machen, daß sie in die Chauffee d'Antin ziehen würden.

„Sylvia,“ sagte die Witwe, „das war mein letzter Trumpf. Sie haben mir den Todestoch verkehrt, meine Herren. Das geht mir auf den Magen. Hier habe ich eine eiserne Stange. Hier der heutige Tag macht mich um zehn Jahre älter. Meiner Treu, ich werde wahnsinnig. Was soll ich mit all den Weinen anfangen? Nun, wenn ich hier allein bleibe, so mußt du morgen gehen, Christoph. Gute Nacht, meine Herren.“

„Was hat sie nur?“ fragte waren Sylvia.

„Ja! das ganze Haus ist auf einen Schlag leer geworden. Das ist ihr zu Kopf gestiegen. Ich höre sie oben weinen. Das wird ihr gut tun. Seitdem ich in ihrem Dienst bin, gehen ihr um erstmalig die Augen über.“

Am nächsten Morgen hatte sich Frau Vaquer besonnen, wie sie sich selbst ausdrückte. Wenn sie auch traurig war, wie eine Frau, die all ihre Pensionäre verloren hat und deren Leben zerstört ist, so hielt sie ihren Kopf hoch und bewies damit, daß sie an einem tiefen Schmerz schwer trug, an einem Schmerz, den der Dusch mit alten Gewohnheiten, die all ihre Lebensinteressen grausam zerstörten, verursacht hatte. Der Abschiedsbrief, den ein Liebhaber auf den Ort wirft, den seine Geliebte verlassen hat, ist nicht traut-

ger, als jener war, mit dem Frau Vaquer ihren verödeten Tisch betrachtete. Eugen tröstete sie und versicherte, daß Michon, dessen Internat in einigen Tagen zu Ende ging, sicher seinen Platz einnehmen würde, auch der Museumsbeamte habe häufig den Wunsch geäußert, Frau Coutures Zimmer zu beziehen, so würde sie ihr Haus in wenigen Tagen wieder voll haben.

„Möge Gott Sie hören! mein lieber Herr! aber das Unglück ist da. Es dauert keine zehn Tage, und der Tod kommt, Sie werden es sehen,“ sagte sie und warf einen düsteren Blick ins Zweifelszimmer. „Den wird er holen?“

„Es ist höchste Zeit, auszugehen,“ flüsterte Eugen Vater Goriot zu.

Blühlich tauchte Sylvia auf. Sie war ganz erregt: „Gnädige Frau, Mistrigis ist seit drei Tagen verschwunden.“

„Ah! wenn meine Kake tot ist, wenn sie uns verlassen hat, ich . . .“

Die arme Witwe brach ab: sie faltete die Hände und sank in ihrem Stuhl zusammen. Diese neue Unglücksbotschaft war mehr, als sie ertragen konnte.

Gegen Mittag bekam Eugen einen Brief in elegantem Umschlag, mit dem Wappen der Beauvois. Es war eine Einladung für Herrn und Frau von Nucingen zum großen Ball im Hause der Gräfin. Der Umschlag enthielt auch einige Zeilen für Eugen:

„Ich schicke Ihnen die erbetene Einladung für Frau von Nucingen, im Glauben, daß Sie sie gern persönlich überbringen werden. Es wird mich freuen, Frau von Beauvois Schwester kennenzulernen. Bringen Sie mir die hübsche junge Frau, und sehen Sie sich vor, daß sie nicht Ihre ganze Sympathie mit Beschlag belegt. Für die freundschaftlichen Empfindungen, die ich für Sie habe, sind Sie auch mir einige schuldig.“

Gräfin von Beauvois.

(Fortsetzung folgt.)

beamten und die vorgeschlagenen Änderungen der bestehenden Systeme der ärztlichen Arbeitsaufsicht.

Deutsch-amerikanischer Handelsvertrag. Die Vereinigten Staaten und Deutschland unterzeichnen einen Handelsvertrag, welcher den während des Krieges aufgehobenen Vertrag ersetzt.

Herabsetzung der Kohlensteuer in Polen. Auch in Polen ist die Kohlensteuer reduziert worden. In Oberschlesien wird die Kohlensteuer 25 Prozent, im Donbrauer und Krasauer Revier 12, 16 und 22 Prozent, je nach Ergiebigkeit der Gruben, betragen. Ferner wird die Kohlensteuer bei der für den Export bestimmten Kohle um weitere 5 Prozent reduziert.

Das russische Budget. Das Staatsbudget Sowjetrusslands für 1923-24 beläuft sich auf 1650 bis 1700 Millionen Goldrubel. Die Einnahmen haben gegenüber dem Vorjahre beinahe um ein Drittel zugenommen. Die Notenemission beträgt nur 10-15 Prozent des ganzen Budgets und wird gegenüber dem Vorjahre auf die Hälfte verringert. Im ganzen wird das Budget für das Jahr 1923-24 80 Prozent des Budgets von Jahre 1913 ausmachen.

Devilmenturle.

Die tschechische Krone notiert in:

Table with exchange rates for Prague, Berlin, and Vienna.

Prager Kurze am 10. Dezember.

Table with market prices for gold, silver, and various currencies.

Kunst und Wissen.

Zweites philharmonisches Konzert. Neues Deutsches Theater, 9. Dezember 1923. Dieses Konzert stand im Zeichen der Tonart C-Moll. Josef Haydn's C-Moll-Symphonie, die neunte der gebräuchlichen Sammlungen, bildete den ersten Teil. Anton Bruckners achte Symphonie in C-Moll den zweiten Teil des mehr als ausreichend langen Programmes. Dirigent des Konzertes war Generalmusikdirektor Otto Klemperer aus Köln, einer der vielen aus der Prager Schule Theaterdirektor Reumanns hervorgegangenen und zur Weltberühmtheit gelangten Kapellmeister. Ihm sei vor allem dafür gedankt, daß er uns wieder einmal Gelegenheit gab, eines der Hauptwerke Bruckners, des in Prag unbegreiflicher Weise noch viel zu wenig beachteten großen Symphonikers, zu genießen. Möge die sonntägige Aufführung dieser gigantischen, in himmelblauen sphärischen Klängen und gewaltig aufgetürmten heroischen Tongebilden Andacht und Begeisterung entzündenden Symphonie ein verheißungsvoller Auftakt zu dem im nächsten Jahre fälligen hundertsten Geburtstag des großen österreichischen Tonkünstlers sein. Als Dirigent ist Otto Klemperer durch und durch Temperamentsmusiker, unbedingt genau und zuverlässig in der Zeichnung, überaus rhythmisch, faszinierend in der Präzision seiner Einsätze und von wunderbarer Plastik und Klarheit in der Phrasierung; dabei sparsam in den Bewegungen und vornehm in seinen Kapellmeistermanieren. Bruckners Symphonie geriet unter seinen Händen zu einem Longemède von eindringlichster Farbe und Stimmung. Aber auch Haydn's klassisches Symphoniewerk war in seiner deklamatorischen und musterhaft sauberen Ausdeutung ein erlebter künstlerischer Genuß. Unser Theaterorchester hatte unter Klemperers Führung einen seiner besten Tage. Zu bedauern bleibt nur, daß ein so hochbedeutendes Musikereignis wie dieses philharmonische Konzert nicht mehr Teilnahme beim Publikum fand und das Theater kaum zur Hälfte zu füllen vermochte. —ek.

„Aida“. Verdis im Jahre 1871 für die italienische Oper in Kairo geschriebene „Aida“ hört man immer wieder gerne, um sich an dem blühenden Reichlum ihrer Melodien und Harmonien zu erfreuen. Das heute mehr als fünfzigjährige Werk hat an seiner musikalischen und dramatischen Wirkung nichts eingebüßt und ist noch immer, trotz der nur wenige Jahre später entstandenen „Ägyptin von Saba“ Goldmarks, das unüberroffene Muster des exotischen Operntheaters. Der samstägigen „Aida“-Aufführung gab der Rhadames unseres Hoftheaters Theodor Straß die Signatur. Die Erwartungen, die man in diese Leistung des Sängers gesetzt hatte, wurden womöglich noch überboten. Es ist erstaunlich, wie die Stimme dieses außerordentlich talentierten Sängers in den wenigen Monaten seiner Prager Tätigkeit an blühendem Wohlklang und fester Kraft zugenommen hat. Herrn Straß fehlt nur noch ein größeres Maß an Temperament und Leidenschaft, um vollkommen zu werden. Denn auch sein Rhadames betont mehr das Edle und Heldenhafte als die ihm zum Verhängnis werdende Leidenschaft; so bleibt er immer reserviert oder würdevoll, wo man glühende Ekstase und alles vergessende Rücksichtslosigkeit des Gefühles erwartet. Diese „Aida“-Aufführung war im übrigen recht sehenswerter Natur. Ensembles, Chor und Orchester standen oft in direktem Widerspruch zu einander. Herrn Straß's Rhadames war nur noch der Amoreto des Herrn Schwarz und Jul. Forzais

Aida ebenbürtig, trotzdem diese Künstlerin im dritten und vierten Akte gegen eine hartnäckige Indisposition ankämpfen hatte. Unzureichend waren Frä. Franz als Amneris, Herr Grebe (trotz einiger schöner Töne) als Oberprieester und namentlich Herr Schönberg als König. Dirigent der Oper war Herr Kapellmeister Stetel. —ek.

„Raisin Grünwald“. Deutsches Dilettanten-Theater. Ein jüdisches Lustspiel, dessen Wiener Leopoldstadttheater gut herausgearbeitet ist und das die Dilettanten im Hinblick auf die ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln vortrefflich zur Wirkung brachten. Das sich scheidende und nach Monaten wieder zueinander zurückfindende Ehepaar Rubbaum — Besitzer des Raisin Grünwald — fand in Missi Traut-Großlicht und Egon Torn lebensdicke Darsteller. Anton Bed als Neffe, Angestellter, Dichter und schließlich — durch Zwang — Verlobter war nicht minder lebensgetreu. Das Publikum lachte Tränen, denn es sah im Rampenlicht den Abschnitt eines Lebens dargestellt, das — mit kleinen Änderungen nur — auch aus dem Prager Altstadttheater hätte entnommen werden können. r. h.

Die wiedergefundene Partitur. Nach einer Meldung des „Montagsblatt“ hat Zemlinsky von der Berliner Postverwaltung die Verständigung erhalten, daß seine seit Monaten auf dem Postwege zwischen Berlin und Wien verloren geglaubte Partitur zustande gebracht worden ist. Es handelt sich um die Partitur einer neuen „Christen-Symphonie“, deren bereits festgesetzte Uraufführung in Wien unterbleiben mußte, da das in Berlin ausgegebene Originalmanuskript niemals in Wien eingetroffen ist.

Spielplan des Neuen Theaters. Heute Dienstag die Puccini-Oper „La Bohème“, Dirigent: Erich Stetel, morgen Mittwoch Gastspiel Papi Gótzner-Leopold Kramer „Die fünf Frankfurter“, Donnerstag neuinszeniert „Boccaccio“, Freitag „Die schöne Wama“, Samstag „Cavalleria rusticana“, I Pagliacci, Sonntag abend neuinszeniert „Fidelio“ (zu Beethovens Geburtstag).

Spielplan der Kleinen Bühnen: Heute Dienstag und Freitag „Improvisationen im Juni“, Mittwoch und Sonntag abend „Dorine und der Zufall“, Donnerstag abend und Sonntag nachmittags „Der Kühne Schwimmer“, Samstag „Deutsche Kleinstädter“.

Aus der Partei.

Anmeldungen für den Parteitag.

Die Delegiertenkarten für die bisher gemeldeten Delegierten wurden bereits versandt. Die noch nicht angemeldeten Delegierten mögen umgehend bekanntgegeben werden, damit rechtzeitig die Delegiertenkarten zugesendet werden können. Die Wohnungsanmeldungen sind ebenfalls sofort durchzuführen.

Das Parteisekretariat.

Alle unsere Partei- und Gemeindefunktionäre wollen zur Kenntnis nehmen, daß sämtliche nicht direkt für die Redaktion der „Freie Gemeinde“ bestimmten Zuschriften, also auch alle Anfragen in Form von Briefen, an das Parteisekretariat in Prag II, Havlíčkovo nám. 32-2 zu richten sind, wo sie beantwortet werden.

Für die Redaktion der „Freie Gemeinde“: Leopold Polzl.

Für das Sekretariat der deutschen sozialdem. Arbeiterpartei in der Tschechoslowak. Republik: Karl Cermak.

Kreisversammlung in Aussig. Sonntag den 9. Dezember tagte in Aussig eine außerordentliche Kreisversammlung, die von 105 Delegierten besucht war. Den Vorsitz führte Genosse Schiller, der auch das einleitende Referat über den Punkt „Partei- und Parteipresse“ hielt. Sodann sprach Genosse Grünzner, der namens der Kreisvertretung den Antrag vorlegte, der „Vereinigung sozialdemokratischer Presse“ mit dem „Volksrecht“ beizutreten. Ueber diesen Antrag entspann sich eine außerordentlich lebhafteste Debatte, in welche die beiden Vertreter des Parteivorstandes, Genossen Cermak und Hillebrand, wiederholt eingriffen. Bei der namentlich durchgeführten Abstimmung wurde der Antrag der Kreisvertretung mit 61 gegen 35 Stimmen, bei sechs Stimmentzückungen abgelehnt. Da dieser Beschluß nicht nur die Kreisorganisation Aussig, sondern auch die ganze Partei berührt, und ein Projekt des Parteivorstandes betrifft, dem bereits die Kreisorganisationen Teplitz, Bodenbach, Brünn, Mies und Reichenberg zugestimmt haben, da ferner vom Beschluß des Aussiger Kreises das Zustandekommen der geplanten Presse-Vereinigung abhängig ist, und da schließlich die endgültige Entscheidung über die Frage der Gründung der genannten „Vereinigung sozialdemokratischer Presse“ durch den Parteitag entschieden werden muß, beschloß sodann die Kreisversammlung am Sonntag den 16. Dezember, um drei Uhr nachmittags, ihre Verhandlungen fortzusetzen. Diese Beratungen werden parallel mit dem Parteitag stattfinden und es werden an ihnen Delegierte des Parteivorstandes beziehungsweise des Parteitag's teilnehmen.

Bezirkskonferenz Rumburg. Am Sonntag waren die Vertrauensmänner der Lokalorganisationen des Rumburger Bezirkes im Schützenhause in Rumburg zur Bezirkskonferenz versammelt. An der Konfe-

renz nahmen die Abgeordneten Genossen Fischer und Rechl und der Kreisvertrauensmann Genosse Góth teil. Aus den Berichten ist die Neuentwicklung von Lokalorganisationen in den Orten Reichenberg und Schönborn hervorzuheben. Die Krise in der Partei ist überwunden, in allen Orten macht sich neues Leben in den Organisationen bemerkbar. Mit der Besserung der Organisation muß — so führte der Referent aus — die stärkere Verbreitung der Partei in der Hand gehen. Die Gemeindegewinnung, besonders die Wahl in Rumburg, haben über Erwarten gute Erfolge gebracht und beweisen, daß der sozialistisch denkende Teil der Arbeiterschaft in seiner übergrößten Mehrheit zu unserer Partei steht. Die Berichte wurden nach kurzer Debatte, in welcher besonders auf die notwendige Einschränkung der Genossen in den Turn- und Sportvereinen hingewiesen wurde, einstimmig genehmigt. — Bei der sodann vorgenommenen Wahl des Bezirksvertrauensmannes wurde Gen. Konrad einstimmig wiedergewählt. Zum Parteitag wird der Bezirksvertrauensmann und Gen. Schubert-Schönlinde delegiert. Gen. Góth hielt sodann einen beifällig aufgenommenen Vortrag über „Unsere nächsten Aufgaben“ und zeigte eingehend, wie man in allen Orten die Parteiarbeit gepflegt werden müsse. Im Sinne der Ausführungen des Referenten wurde ein Antrag angenommen, welcher alle Lokalorganisationen verpflichtet, sofort mit der Agitationsarbeit in Verbindung mit der Bezirksleitung zu beginnen, und für eine bessere Verbreitung der Parteipresse zu sorgen. Gen. Böhm erörterte sodann die Notwendigkeit der Errichtung eines Parteisekretariates für die Kreisorganisation Rumburg. Die Konferenz nahm nach einer sachlichen Beratung den Antrag an, daß die Bezirksleitung mit der Kreisorganisation wegen Errichtung des Sekretariates verhandeln und der Bezirk Rumburg so weit als möglich für diesen Zweck Opfer bringen soll. Gen. Konrad schloß hierauf mit anerkennenden Worten zu neuer, opferbereiter Arbeit im Dienste der Partei die Konferenz.

Frauenbewegung.

Frauenratskonferenz. Jene Genossinnen, die zur Frauen-Reichskonferenz delegiert wurden, werden gebeten, Tag und Stunde der Ankunft in Aussig sowie etwaige Wünsche in bezug auf Nachtlager sofort beim Genossen Josef Schiller, Sekretär, Aussig, Kellermannstraße 1020, anzumelden.

Turnen und Sport.

Sonntagsfußball. Prag: Slavia g. Viktoria-Bilfen 9:1 (8:1) Die Slavia, die sich auf dem schlechten Boden schnell zurecht fand, spielte ihren Pfälzer Gegner, den sie im Laufe des heurigen Jahres zweimal zu schlagen vermochte, in Grund und Boden. Der Sieg war verdient, denn die Slavia war den Pfälzern in jeder Hinsicht überlegen. In der zweiten Halbzeit verhielt das aufopfernde Spiel der Pfälzer Verteidigung eine höhere Niederlage. Am Samstag schlug eine kmp. Slavia auf den Ausfeldern 5:0 (3:0). Bei Sparta spielte das erstmalig mit Erfolg Bulla (früher Vienna). Das Resultat entspricht nicht ganz dem Spielverlauf, da die Kombinierten eine so empfindliche Niederlage nicht verdienten. — DFC. g. DFC. Reserve 8:2 (4:0). Ein Trainingspiel, bei dem die erste Mannschaft nach Verdienst siegte. — Aussig: Teplitz g. DFC. Aussig 10:0 (4:0). — Wien: Amateure g. Simar 6:1, Vienna g. Polach 4:2 (1:1). Nur die erste Halbzeit gilt als Meisterschaftsspiel, da der Schiedsrichter wegen Fühlerstauung abtreten mußte. Floridsdorf g. W. A. E. 4:1, Pertha g. Slovian 2:1, Wader g. Simmering 0:0, Wader g. Slovian 1:0, Simmering g. Pertha

1:1. — Budapest M. T. R. g. U. T. C. 2:0. M. T. R. fährt jetzt mit vier Punkten Vorprung in der Meisterschaft. — Bilbao: A. C. Bilbao g. B. C. Barcelona 5:2!! — Konstantinopel: Moravia Slavia-Brünn g. Galata Serail 2:2, g. griechisches Team 4:2.

Vom Revo Fort Sechslagerrennen. Das amerikanische Jockeypaar Rodler-Lawrence stepte im jylstischen Sechslagerrennen, indem es eine Strecke von 2519 Meilen absolvierte.

Die Tschechoslowakei bei den olympischen Spielen. Das französische Komitee für die olympischen Spiele teilt mit, daß die Tschechoslowakei der erste Staat sei, der seine offizielle Teilnahme der Abteilung Winter-sport angemeldet hat. Die Tschechoslowakei hat sich verpflichtet, für St. Laurent auf 50 Km. 12 bis 18 Km. Sprünge und für kombinierte Fahrt. Außerdem wird die Tschechoslowakei an der Fahrt militärischer Abteilungen (20 bis 30 Km.), am Hochen, an der Figuren-ableitung und am Schlittschuhlaufen teilnehmen.

Ein neuer Fliegerfolg. Der englische Aviatiker Coghams flog die 275 Km. betragende Strecke London-Bristol in einer Motoraviette von 6 HP. und verbrauchte 16 L. Benzin.

Bereinsnachrichten.

Leserinnenverein „Die Naturfreunde“. Heute Dienstag, den 11. Dezember, 8 Uhr abends, Vortrag mit kolorierten Lichtbildern: „Erdbeben und Feuerberge und die japanische Katastrophe“. Vortragender Ernst Mählich (Norddeutsche Urania). Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, diesen Vortrag zu besuchen.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Praktische und nützliche Weihnachtsgeschenke sind die bekannten Erzeugnisse der Elida-Parfümerie. Elida-Toilettecremes, Elida-Kosmetiken und Elida-Parfüms werden in höchster Vollkommenheit und gediegener Ausstattung, den teuren fremdländischen Waren mindestens gleichwertig — hergestellt 1923

Advertisement for Andrei Prag featuring a drawing of a woman and child, and the text 'Liedner als Waisenkinder-Symphonie'.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag. Für den Druck verantwortlich: C. Politz

Allen Genossen u. Genossinnen empfehlen sich zur Herstellung sämtlicher Drucksorten



Nordböhmische Druck- und Verlags-Anstalt Gärtner & Co., Bodenbach a. E. G. m. b. H.

Großbuchdruckerei, Stereotypie, Verlag, Buchbinderei, neuartige Holz- und Eisenmaschinen mit einer Tagesleistung von 400.000 Buchstaben, Rotationsmaschinen mit einer Tagesproduktion von 200.000 Zeitungen. Fernsprecher Nr. 271. Postpartelle Nr. 127.003

1001 Werbet. bei jeder Gelegenheit für „Sozialdemokrat“!

Advertisement for PALMA Kautschukabsatz & Kautschuksohle, featuring a drawing of a shoe sole and the text 'schon Nerven und Füße billiger und haltbarer als Leder'.

Advertisement for Umsonst and Neue Bücher, featuring a drawing of books and the text 'erhalten Sie mit Benutzung aller drosos Blatt franks zugessandt die neueste Preisliste der Fa. NOVITAS G. m. PRAG Václavské nám. 23.' and 'Neue Bücher liefert rasch und billig die Buchhandlung Freiheit Teplitz-Schönb., Theresienstraße Nr. 18. Großes Lager in preiswert. Gelegenheitskäufen. Preislisten senden wir auf Wunsch kostenfrei'.